

Die „Volkswehr“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunschweigstr. 178, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bände 20 Bllg. Durch die Post bezogen M. 3.50, frei ins Haus M. 3.99, wo keine Post am Orte, M. 3.84.

Volkswehr

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die Centralbl. 20 Bllg. ober deren Raum 30 Bllg. monatliche Lieferate 40 Bllg. Doppelhefte unter Text 1 M. Lieferate für Westfalen 15 Bllg. Auslandslieferate 20 Bllg. Druck- und Verlagsanstalt „Volkswehr“ in Breslau. Preis für die nächste Nummer müssen die Bestellungen 3 Tage vor der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 27.

Breslau, Montag, den 2. Februar 1914.

25. Jahrgang.

Gummiknüppel.

Der zweite feierliche Regierungsakt des neuen Herzogs von Braunschweig, die Eröffnung des Landtags durch eine herzogliche Thronrede, ist von der braunschweigischen Volkzeit höchst stimmungsvoll mit dem Gummiknüppel eingeleitet worden.

Am Donnerstag Abend, am Tage vor der Landtags-eröffnung, demonstrierten die entrechteten Arbeiter des Herzogtums in Braunschweig in sechs großen Versammlungen. Hochrufe auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ausbringend, waren die nach hiesigen Laufenden zählenden Massen danach vor das herzogliche Schloss und durch die Straßen der Residenz. Dabei kam es zu einem der in solchen Fällen nun einmal üblichen „Zusammenstoßen“. Die Polizisten gingen mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten los und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Am Tage darauf war in Braunschweig nach offizialen Berichten wieder „alles ruhig“. „Alles“ — also sogar die Polizei.

Wie lange dies mit Hilfe des Gummiknüppels hergeleitete Ruhe vorhalten wird, mag einigermaßen zweifelhaft sein. Die Thronrede vom Freitag wird zu ihrer Erhaltung nichts beitragen. Denn obwohl das braunschweigische Wahlrecht mindestens so erbärmlich ist wie das preussische, findet sich in der Thronrede kein Wort von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart. Ist der Schwelger-ohn durch die Erfahrungen des Schwelgerdaters gewöhnt? Herzogsworte können nicht zerbrochen werden, wenn man von vornherein so vorsichtig ist, sie nicht zu geben. Auch kann sich der Schwelgerohn darauf berufen, daß die Mehrheitsverhältnisse im braunschweigischen Landtag einer vollstimmigen Wahlreform mindestens ebenso ungünstig sind wie im preussischen. Gegenüber reaktionären Widerständen entwickelt man in den verwandten Dynastien gern eine angenehme Nachgiebigkeit. Gegenüber dem seine Rechte heischenden Volk verzieht man dafür desto besser die „Autorität“ in ihrer ganzen imponierenden Stärke aufrechtzuerhalten. Das neue Herzogtum Braunschweig hat zu diesem Zwecke Gummiknüppel. Und im Reichstag liefert das verschwiegerie Preußen auch Maschinengewehre.

Fürwahr, eine Logik von beklemmender Einfachheit. Wer den Gummiknüppel hat, regiert. Wer den Gummiknüppel hat, macht Gesetze.

Aber diese Logik hat ein Loch. Diese Logik hat den Fehler, daß sie nicht offen ausgesprochen werden kann. So unmoralisch sie an sich ist, so hat sie doch eine höchst moralische und patriotische Ideologie. Man höre, was der neue Herzog in seiner Thronrede sagt:

„... Schon in den wenigen Monaten, die seit meinem Regierungsantritt verlossen sind, habe ich mich davon überzeugen dürfen, daß die mir und der Herzogin bei unserem Einzug in wärmerer Weise entgegengebrachten Gesinnungen der Liebe und des Vertrauens nicht mit dem festlichen Empfang verflungen sind, daß sie vielmehr dauernd im Herzen des braunschweigischen Volkes wurzeln.“

Auf Liebe reimt sich Liebe. Hunde pflegt man ja heute immer noch mit Steben zur Liebe zu erziehen, obwohl die moderne Tierdressur die Nichtigkeit dieser Methode entschieden feststellt. Daß man Dörfer mit Gummiknüppeln nicht zur Liebe erziehen kann, darüber sind — abgesehen von einigen Doktrinären des Schil- und Strachtpreussentums — alle politischen Fakultäten einig. Man setze einmal zwischen jedes Wort der herzoglichen Liebesdeklaration das als Jurist gedachte Wort „Gummiknüppel“ und man wird sehen, wie hübsch sich das liest.

Wir leben in einer Zeit, in der die überlegene körperliche Gewalt jegliches Recht für sich in Anspruch nimmt, wo alle sittlichen Faktoren, ja sogar die Gesetze selbst, ausgeschaltet erscheinen. Die Jurisprudenz hat aufgehört und Moos regiert die Stunde. In Zornen mit Maschinengewehren, in Braunschweig mit dem Gummiknüppel. Und doch hat es kaum eine Zeit gegeben, in der von berufenen und unberufenen Stellen soviel von Moral, Liebe, Vertrauen und anderen schönen Dingen, die man nicht haben kann, geredet worden wäre. Das Preussentum, das echte wie das imitierte, trieft von moralischem Pathos.

Dieser Schein der Moralität, den auch die Gewaltpolitik nicht embeben kann, enthüllt uns die Schwäche des Gummiknüppels und zeigt uns die Stärke der Braunschweiger Wahlrechtsdemonstrationen. Straßendemonstrationen sind ja kein Versuch des gewalttätigen Umsturzes, wie die Verkörperung der Gummiknüppelherrenhaftigkeit, sie sind einfach Manifestationen des Volksgewissens, sie sind die stärkste Ausdrucksform des wahren sittlichen Empfindens des Volkes, sie sind eine wohlhabende Antwort auf alles Gerede von Friedlichkeit, Liebe, Vertrauen, Gerechtigkeit, Ergebenheit. Auf Stege, die sie mit Gummiknüppeln oder mit Argumenten von noch stärkerer Durchschlagkraft über das eigene Volk erringt, kann keine Regierung stolz sein, sie kann auf ihnen auch keine wirklich gelebte Herrschaft begründen, denn indem sie ihnen mögen Charakter entzogen, so daß sie vor allen

Welt sich selber Lügen und enthüllt ihre moralische Schwäche.

Nein, auf ewig kann es nicht so bleiben, daß wir uns bucken müssen, weil die anderen die Gummiknüppel, die Säbel, die Gewehre haben. Es kann nicht in Braunschweig so bleiben, nicht in Elßaß-Lothringen, nicht in Preußen! Daß die Braunschweiger Arbeiter trotz alledem für ihr Recht auf die Straße gegangen sind, das wirkt wie ein frischer Luftzug in drückender Atmosphäre. Der alte Geist lebt noch, er breitet sich aus: er und nicht der Knüppel wird in der Geschichte das letzte Wort haben! (Siehe „Neueste Nachrichten“).

Politische Uebersicht.

Die neue Regierung von Elßaß-Lothringen.

Offiziell wird gemeldet, daß dem Staatssekretär Freiherrn Jörn v. Dulach die nachgewünschte Dienstentlassung unter Verleihung der Krone zum Roten Adlerorden erster Klasse erteilt worden ist. Ebenso sind die Unterstaatssekretäre Mandel und Petri unter Verleihung hoher Ordensauszeichnungen entlassen worden, während Unterstaatssekretär Köhler in seinem Amte verbleibt.

Zum Staatssekretär an Jörn v. Dulachs Stelle ist der Oberpräsident Graf von Roeder in Potsdam ernannt worden, der gleichzeitig die Leitung der Abteilung des Innern im Ministerium übernimmt. Die Leitung der Abteilung für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten ist dem Vortragenden Rat im Reichsamt des Innern, Freiherrn v. Stein, übertragen worden. Die Entscheidung über den Nachfolger des Unterstaatssekretärs Dr. Petri ist noch vorbehalten.

Die alldeutsche Schorfmaschepresse zeigt sich sehr zufrieden darüber, daß der neue Staatssekretär aus den Kreisen der Potsdamer Verwaltung entnommen worden ist. An die Stelle eines Elßäfers, mit dem seine Landsleute freilich nie zufrieden waren, tritt ein Preuße, der Elßaß-Lothringen noch gar nicht kennt. Ob freilich diese Untermitris der Landesverhältnisse den neuen Mann als besonders geeignet erscheinen lassen, die Pläne der Schorfmascher zu verwirklichen, muß dahingestellt bleiben. Fürs erste wird er jedenfalls stark auf die Anleitung des im Amte verbliebenen Statthalters angewiesen sein.

So begreiflich also auch das Mißtrauen der Elßäfer gegen den Herrn aus Potsdam ist, und so selbstverständlich ihr Protest dagegen erscheint, daß man ihnen von außen eine landfremde Regierung aufdrängt, so wenig braucht befürchtet zu werden, daß der Graf v. Roeder nun der starke Mann nach den Wünschen der „Post“ wäre, der „schrecklicher Entladungen“ fähig ist. Man braucht in Straßburg nicht vor ihm zu zittern, sondern man kann sich einwillen mit den Worten des Dr. Curtius in der ersten Kammer beruhigen: Keine Regierung werde sich auf die Dauer halten können, die es nicht verstehe, sich auf das demokratisch gesinnte Elßäfer-tum zu stützen.

Der Schluß der Debatte über Sozialpolitik.

Die Generaldebatte über den Etat des Reichsamts des Innern ist heute am neunten Tage abgeschlossen worden. Es steht nur noch eine Erörterung über das Vereinsrecht aus, die am nächsten Mittwoch vorgenommen werden soll und im Anschluß daran werden auch die Abstimmungen über die vorgelegte Resolution stattfinden.

In der Sonnabend-Sitzung wurde von mehreren Seiten die Grubenkatastrophe auf Zeche Minister Achenbach berührt. Während der Staatssekretär und Herr Wassermann sich damit begnügten, Worte des Bedauerns auszusprechen, machte unser Redner, Genosse Spiegel, vorbehaltlich aller näheren Unternehmung darauf aufmerksam, daß die Befugnisse der Sicherheitsmänner einer Erweiterung unbedingt bedürfen.

Die Generaldebatte fand noch einen heiteren Abschluß. Nachdem nämlich Herr Dr. Böhme, der bei den National-liberalen hospitierende Führer des Bauernbundes, gegen die Konservativen und gegen seinen Ex-Kollegen Hestermann polemisiert hatte, nahm dieser wiederum das Wort und erringt mühelos, wenn auch wider Willen, häufige und stürmische Heiterkeit im ganzen Hause. Am Dienstag beginnt die Spiegelabstimmung des Etats.

Patriarch Schorlemer.

Am Sonnabend gab es im preussischen Dreiklassen-hause bei der Beratung des Postetats eine Waldbachbel- und Sozialistendebatte. Der neugewählte Amtmann Waldbach forderte nämlich die Anerkennung der christlich-nationalen Waldbachorganisationen durch die Verwaltung. Herr Schorlemer aber will davon nichts wissen. Sozialdemokraten fliegen, Sozialisten schreien, jedoch machen die patriarchalischen Verhältnisse des ehemaligen preussischen Territoriums auch vor der christlich-nationalen Organisation nicht halt, und selbst diese, nun gelegentlich zu gewerkschaftlichen Bewegungen umwandelnde, hat moderner Arbeiterbewegung in dem

Patriarchen im preussischen Landwirtschaftsministerium ein Greuel. Was Koalitionsrecht, was Verfassung, was Reichsgesetz! — so wollen wir es haben, und wer auf-macht, den schmeißen wir hinaus unter dem bewährten Wahlspruch: „Jedem das Seine!“ Nach dieser Koalitionspreussischen Rechts gab Herr Meyer aus Talsingen ein Satbspiegel zum besten. Waldbachspringlich, falsch, falsch, schließlich forderte der Talsinger die freien Gewerkschaften auf, mit ihren Millionen Arbeiterhäufen für die ostelbischen Junker zu bauen! Man kann sich denken, wie die Genossen Höfer, Hoffmann und Hirsch dem Herrn Meyer beibrachten, daß der Landtag kein ostelbischer Gutsbesitzer, und die deutschen Gewerkschaften nicht geneigt sind, ihre Grundstücke nach dem Programm von Talsingen einzurichten! — Am Dienstag steht eine Zentrumsinterpellation über das Unglück auf Zeche „Achenbach“, und dann der Justizetat auf der Tagesordnung.

Mit und eigenständig

Soß Kardinal Kopp nach dem Zeugnis seiner Intimen geworden sein. Ueber seine „Eigendrücker“ erhält die „Köln. Zeitung“ eine Zuschrift, in der auch über das gewalttätige Benehmen des Fürstbischöfs geklagt wird:

Seine letzte Kundgebung in der Gewerkschaftsfrage bedeutet eine Verkümmern des gesamten deutschen Episkopats. Kardinal Kopp sei alt und eigenständig geworden und benutze das Ansehen seiner Sonderstellung nicht zu friedlichen Zusammenkünften, sondern zu Hader. „Es wäre zu wünschen“, so schließt die Zuschrift, „daß der greise Fürstbischof von Breslau sich darüber klar wird, daß auch die Ehrfurcht vor dem Alter ihre in den Erwidlungen ruhiger Ueberlegung begründeten Grenzen hat, und daß er nicht das für ihn unliebsame Schauspiel erlebt, daß sich die deutschen Bischöfe ebenfalls geschloffen gegen ihn äußern, wie er sich vor aller Öffentlichkeit gegen sie gestellt hat.“

Auch die christlichen Gewerkschaften melden sich nun zum Wort. Ihr „Zentralblatt“ schreibt:

daß über die Organisationen, denen die katholischen Arbeiter ihre Beitragen schenken, die Arbeiter selbst zu entscheiden haben. Die gegenwärtige Aktion berührt das politische und kirchenpolitische Gebiet sehr viel stärker, als die christlichen Gewerkschaften. Diesen solle in der Hauptsache die Rolle eines Zuschauers zu. Sie haben weder etwas zu erklären, noch Ursache zu besonderer Aufregung. Die christlichen Gewerkschaften haben in Zukunft auf ganz anderem Gebiete ihre Aufgabe zu erblicken, als in der Beschäftigung mit den grundsätzlichen und theoretischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre.

Wo bleibt die Autorität! Die unantastbare Autorität!

In Rom scheint man über den Brief des Kardinals Kopp willend zu sein, weil dadurch die Gewerkschaftsfrage erneut aufgerollt und die Gefahr wieder akut wird, daß die christlichen Gewerkschaften sich ganz der römischen Vornachsigkeit entziehen. Und nicht nur in Rom, auch im deutschen Episkopat hat der Brief Kopp's große Verstim-mung hervorgerufen, wozu Kopp selbst nicht wenig Schuld hat, denn soviel geht doch aus der bisherigen Diskussion in der Zentrumspresse hervor, daß sowohl die Gewerkschaften wie der Episkopat annehmen konnten, Bischof Kopp sei mit der Deklaration der päpstlichen Enghilts völlig einverstanden. Es macht ganz den Eindruck, als sei Kopp entweder in der Gewerkschaftsfrage schwach geworden und habe sich von der Kölner Richtung überrollen lassen, oder er hatte damals seine Stellung zur christlichen Gewerkschaftsfrage wirklich geändert und kehre nun ängstlich über seinen vorübergehenden Umfall zur alten Auffassung zurück, diesen seinen Weger an denen ausstossend, die die Schuld an seiner Entgleisung tragen.

Auf die Angriffe aus dem evangelischen Lager kommen wir morgen ausführlicher zurück.

Eine Frage und keine Antwort.

Ein neues Beispiel für die Behandlung des Reichstags durch die Regierung, besonders durch das preussische Kriegsministerium, liefert die Antwort, die der Generalmajor Wilt v. Hohenborn am Freitag im Reichstag dem Zentrumsabgeordneten Sittart auf seine Anfrage erteilte, wie lange und die strafweise Verlegung der 99 er von Jägers nach den Wilt'scher Baracken dauern solle. Der Vertreter des Kriegs-ministers erklärte kurz und bündig, die Verlegung der Baracken bedeute keineswegs eine Bestrafung, eine Beantwortung der Frage selbst könne aber nicht erfolgen.

Damit, daß das Regiment Nr. 99 nicht bestraft werden soll, kann man sich nur einverstanden erklären, wenn das ganze Regiment unter der Schuld des freigesprochenen Jäger und des ordnungsgemäßen Reiter leben zu lassen, wäre eine grobe Ungerechtigkeit. Tatsache aber ist es doch, daß die Soldaten des Regiments ihre unzureichende Unterbringung in einem Barackenlager mitten im Winter den genannten ausgezeichneten Offizieren zu verdanken haben. Wilt aber im Reichstag gefragt, wann die ungeschuldenen Soldaten wieder bessere Wohnstätten beziehen können, dann antwortet ein schneidiger Generalmajor und sagt: „Eine Beantwortung der Frage selbst kann nicht erfolgen.“

Das Volk hat seine eigene Sprache für das sogenannte Volksgesetz gegeben, und die Volksgesetzgebung

at die nötigen Gelder dafür zu bewilligen. Wie die
Sache des Volkes aber behandelt werden, das geht
den Reichstag nichts an, und wenn er sich danach erkundigt,
verweigert man ihm die Antwort.
Das Verhalten des Generalmajors entspricht übrigens
vollkommen den Weisungen, die ein anderer Generalmajor,
Herr v. Seibmann, vom preussischen Herrnhaus erhielt und
deren strikte Einhaltung er feierlich gelobte.

Anträge und Gegenanträge zum Koalitionsrecht.

Am Mittwoch wird der Scharfmacherantrag der Kon-
servativen im Reichstage zur Abstimmung kommen. Die
Stellung der Parteien zu diesem Antrage ist bekannt, nur
über die Absichten der Nationalliberalen herrscht Unklarheit.
Auf ihrem Vertretertag in Wiesbaden setzten sie eine drei-
gleibrige Kommission ein, die das von den Scharfmachern
geleitete Material prüfen und dann Vorschläge machen sollte.
Als Niederschlag dieser Arbeit darf man wohl eine Resolution
betrachten, die von der nationalliberalen Fraktion im Reichs-
tage zum Etat des Reichsamts des Innern eingebracht
wurde. Die Nationalliberalen brücken sich darum herum,
Farbe zu bekennen; sie verlangen Material! Der Reichs-
kanzler hat bei der ersten Lesung des Etats eine Denk-
schrift über den Terrorismus in Aussicht gestellt und die
Nationalliberalen verlangen nun, daß diese Denkschrift auch
über die folgenden Fragen sich auslassen soll:

1. Welche Auswüchse des Koalitionsrechts sind in Deutsch-
land zutage getreten?
2. Haben sich die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als
ausreichend erwiesen, um diese Auswüchse, einzeln, ob
solche bei Arbeitnehmern oder Arbeitnehmern zutage getreten
sind, zu bekämpfen?
3. War die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen in
den deutschen Bundesstaaten eine einheitliche, und wenn
dies nicht der Fall war, welche Maßregeln empfehlen sich,
um eine einheitliche Handhabung der gesetzlichen Bestim-
mungen zum Schutze der Koalitionsfreiheit und zur Ab-
wehr des Koalitionszwanges herbeizuführen?
4. Empfiehlt es sich, eine gesetzlich gestützte Haftung der Koaliti-
onen für Schäden, den dieselben im Widerspruch mit den
Gesetzen und guten Sitten durch Beauftragte herbeiführen,
einzuführen?
5. Welche Erfahrungen liegen bezüglich des wirtschaftlichen
und politischen Zustandes vor?
6. Wie ist die Lage der ausländischen Gesetzgebung, und
welche Erfahrungen sind im Auslande bezüglich der unter
Ziffer 1 bis 5 aufgeführten Materien gemacht worden?

Eine gleichzeitig eingebrachte Resolution der Führer der
christlichen Arbeiterbewegung, der Abgeordneten Behrens,
Sieberts und Schiffer, wünscht die Ausdehnung der
Denkschrift auch

auf die Erfahrungen über solche Auswüchse des Koalitions-
rechts im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben,
insbesondere aber auf die Erfahrungen und Maßnahmen, die
von Arbeitgebern und deren Organisationen durch
Beschränkung der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit,
Arbeitsausschluß von Ungehörigen bestimmt
Vereinigungen und Verbände, Zwang zum Eintritt
in Gewerkschaften, Führung schwarzer Listen, geheime Vornahmen
über Annahme oder Nichtannahme von Arbeitnehmern, Streit-
schlichtervermittlungsstellen usw. veranlaßt wurden.

Damit steht fest, daß die Zahl der Stimmen, die auf
den konservativen Antrag entfallen werden, sicher nicht größer
als im Vorjahre sein wird. Daß die Regierung den Wün-
schen der Behrens und Schiffer Rechnung trägt, ist nicht an-
zunehmen; denn sie darf ihre Auftraggeber, die Scharfmacher,
nicht bloßstellen. Wer es wirklich ehrlich mit dem Koalitions-
recht meint, der wird für den sozialdemokratischen Antrag
stimmen müssen.

Zentrum und Geburtenrückgang.

Die neue Gewerbeordnungs-Novelle, die gegenwärtig von
einer besonderen Kommission beraten wird, will neben einer
Einschränkung des Hausierhandels auch den Handel mit Mitteln
zur Verhütung der Empfängnis einschränken. Praktische Be-
deutung in letzterer Hinsicht hatten die Vorschläge der Regie-
rung in nur sehr beschränktem Maße, denn der Vertrieb solcher
Mittel erfolgt zum wenigsten durch Hausierer. Das Zentrum will

nun aber ganze Arbeit machen und hat der Kommission einen
fertigen Gesetzentwurf unterbreitet. Der § 1 lautet:

Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die
zur Verhütung der Empfängnis oder zur Befestigung der
Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen.
Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenstän-
den untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

Diese Bestimmung ist dem Kurpfuschergesetz entnommen,
das fernerzeit den Reichstag beschäftigt hat, aber nicht mehr
zur Erledigung kam. Damals sollte auch die Kurpfuscherei un-
terdrückt werden. So sehr man mit einer wirklichen Bekämpfung
der Kurpfuscherei einverstanden sein konnte, so sehr mußte man
das Gesetz bekämpfen, weil es jede, nicht von einem approbier-
ten Arzt ausgehende Selbstbehandlung zur strafwürdigen Kur-
pfuscherei stampelte. Der berühmte Orthopäde Professor Hessing
in Bad Kissingen wäre nach diesem Gesetze Kurpfuscherei ge-
wesen. Das Zentrum wollte von dem Gesetze nichts wissen, weil es
beschränkte, die Walfahrten nach Lourdes und anderen „Gna-
denorten“ könnten unter das Gesetz fallen. Mit einem
Verbot des Verkehrs mit Gegenständen, die zur Verhütung der
Empfängnis oder zur Befestigung der Schwangerschaft dienen,
war das Zentrum bereits damals einverstanden, aber das eine
war nicht ohne das andere zu haben. Deshalb macht das Zen-
trum jetzt den Versuch, eine Abänderung der Gewerbeordnung
zu benutzen, um sein Ziel zu erreichen. Was sind nun aber
Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Be-
festigung der Schwangerschaft dienen? Wasgehen von einigen
rein mechanisch wirkenden oder chemischen Präparaten dienen die
meisten dieser Mittel auch anderen durchaus erlaubten Zwecken.
Wie will man kontrollieren, zu welchem Zweck das verbotene
Mittel verwendet wird? Die öffentliche Anpreisung solcher Mit-
tel wird sogar nach dem zentralistischen Gesetzentwurf mit Ge-
fängnis bis zu sechs Monaten bedroht.

Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages beschäf-
tigte sich am Freitag mit dem Antrage des Zentrums. Für die
Sozialdemokraten erklärte sich Abg. Breh gegen den Ent-
wurf. Eingehend behandelte er die Ursachen des Geburtenrück-
ganges. Diese sind zu finden in der schlechten wirtschaftlichen
Lage der niederen Volksschichten, in der Erwerbslosigkeit der
Frau usw. Müttersterblichkeit und Säuglingssterblichkeit sind
heute bedingt durch den durch den Entwurf im Handel und
Gebrauch generell verboten werden: die Folge davon wäre nur
eine riesige Vermehrung der Geburtenrückgang. Abg.
Stolle schloß sich diesen Ausführungen an. Abg. Ra-
mann trat für den Entwurf ein. Eine Industrie, die den
Verkehr habe, die Kinderzeugung zu verhindern, habe keine Be-
deutung. Die Grenzen zu ziehen zwischen den Mitteln, die
nützlich sind und im Schutzinteresse der Bevölkerung liegen oder
nicht, sei Aufgabe der Regierung. Abg. Dr. Maber (Zen-
trum) erwidert die Ursache des Geburtenrückganges im „Schwün-
den des religiösen Verantwortungsbewußtseins der Mütter“.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Boman erwidert in
der gefühlvollen Regelmäßigkeit der Materie kein Alibi. Er
erwidert gegen den Geburtenrückgang, sondern nur eins von vielen.
Die Regierung würde nur die öffentliche schamlose Anpreisung
solcher Mittel erlassen. Er erkennt die Notwendigkeit des Ge-
brauchs gewisser Schutzmittel an. Nur sollten diese nicht so leicht
erhältlich sein, wie heute. Aber eine ganze Reihe namhafter
empfehlenswerter Mittel müßte im Interesse der Gesundheit der
Frauen und des Volkswohls unbedingt verboten werden. —
Medizinrat Dr. Kersch erklärt zu den Ermittlungen der
Regierung, der Geburtenrückgang sei von viel größerer Bedeu-
tung, als man allgemein annehme. Wirtschaftliche Not sei
zweifellos mit einer der Ursachen. Der Geburtenrückgang erfolge
aber alle Ursachen der Bevölkerung. An der ungehörigen Zahl
der Fehlgeburten sei doch und Niedrigkeit beteiligt. Durch den
systematisch organisierten Handel mit gewissen Mitteln und Gegen-
ständen sei Korruption im gewissen Sinne in die Familien ein-
gedrungen. Hier müßte der Gesetzgeber einwirken, ehe es zu spät
ist. Ein anderer Regierungsbekämpfer zitierte eine Reihe solcher
Instrumente, die heute hauptsächlich im Gebrauch seien.

Das Koalitionsrecht vor dem sächsischen Landtag.

In der letzten Woche beschäftigte sich die zweite sächsische
Kammer mit einer Reihe von Interventionen und Anträgen
über das Koalitionsrecht. Die Nationalliberalen wollen „durch
entsprechende Instruktionen der Abgeordneten“ eine Verhärterung der
Gesetze vermeiden, die Konservativen dagegen fordern tordem Ausbau
der Koalitionsfreiheit zum Schutze der Arbeitwilligen. Die
Sozialdemokraten fordern natürlich freies Koalitionsrecht und
verlangen in einem Antrag die ablehliche Stellung desselben.
Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Der Minister des Innern
bezog sich in der Beantwortung der Interpellationen auf frühere
Aussagen der Regierung und erklärte im übrigen, die Re-
gierung stehe in diesem Kammer der wirtschaftlichen Inter-
essen über den Parteien. Sie werde es auch femer recht
machen können. Das Koalitionsrecht sei eine notwendige
Waffe im wirtschaftlichen Kampfe und dazu geübt auch das
Streikverbot, das nicht verboten werden soll. Koalitions-
zwang unter Anwendung von unlauteren Mitteln müßte dagegen

entgegengetreten werden. Wenn gegen Streikende eingeschritten
werden sei, so liege das an den Streikenden selbst. Im übrigen
könne die sächsische Kammer Ausnahmefälle gegen Streikende
Arbeiter nicht beschließen. Eine besondere Streikpolizei, wie
sie die Nationalliberalen wünschten, könne die Regierung nicht
einrichten, sie werde aber das nötige Polizeiaufgebot in Streikort-
schaften und dabei besonderen Wert auf die Auswahl geeigneter
Männer legen. Im allgemeinen war die Rede des Ministers
von der Tendenz getragen, die Wünsche des Unternehmertums
so weit als möglich zu berücksichtigen, ohne die Arbeiter allzuweit
zu brüskieren. — Der Justizminister, ein früheres Staatsanwalter
am Reichsgericht verteidigte eine von sozialdemokratischer Seite
angegriffene Verordnung über beschleunigtes Strafverfahren. —
Die Verhandlung wurde bis in die neue Woche vertagt.

Im Kampf um die Seelen.

In den deutschen Kolonien sind evangelische und katholische
Missionen in gleicher Weise mit großem Eifer darauf bedacht, viele
Seelen für ihre Kirche zu gewinnen. Daß dabei die beider-
seitigen Missionen sich gelegentlich einmal in die Haare geraten
und der Zivilverwaltung durch Schwierigkeiten bereiten ist
eine alte Klage, die bei der Beratung des Kolonialgesetzes immer
von neuem wieder auftaucht. In der umfangreichen Denkschrift
über die deutschen Schutzgebiete, die dem Reichstag zu-
gegangen ist, wird z. B. aus Deutsch-Ostafrika folgendes be-
richtet:

„Beunruhigt wurden die Eingeborenen der Bezirke
Kriana, Mahengi und Doboma dadurch, daß die protestan-
tischen und katholischen Missionen sich gegenseitig ihre
Interessensphäre und ihr Arbeitsfeld streitig machten. Hier-
bei ergaben sich eine Reihe von Unzutrefflichkeiten, die auf die
Eingeborenenverhältnisse, wie auf die Entwicklung der
Missionen selbst, ungünstig wirkten. Es steht zu befürchten, daß
aus der Fortdauer solcher Differenzen der Islam den Haupt-
vorteil haben wird. Auch erscheint es nicht ausgeschlossen,
daß es aus Anlaß der Missionswettstreifen zu direkten
Friedensstörungen kommen kann.“

Von Interesse ist noch, daß die Sklaverei in Deutsch-
Ostafrika noch immer nicht ausgerottet ist. Die Verwaltung gibt
als Grund dafür an, daß die Schwierigkeiten für die Aushebung
der Sklaverei in einem nahen Termin zu suchen sei, daß
sehr viele alte und kranke Sklaven vorhanden sind, denen ihre
Herren das Gnadenbrot geben müssen und die andernfalls der
öffentlichen Armenpflege zur Last fallen würden. In dem Bericht
wird auch angegeben, daß immer noch Sklavenshandel im Schutz-
gebiete betrieben wird.

Der Junker als Majestätsbeleidiger. Aus Rostock wird gemeldet:

Gegen den großherzoglich mecklenburgischen Kammerherrn
Penning von Bülow auf Bodenwalde bei Behlau, einem Sohn
des früheren Staatsministers, schwebt ein Verfahren wegen
Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte hatte sich über das nach-
drückliche Entsetzen des Streifler Großherzogs über eine Ver-
fassungsreform geäußert, daß er seinem Intellekt gegen-
über keinem Lerger in Worten Luft machte, die sich
nicht wiedergeben lassen, die aber die Staatsanwaltschaft veran-
lassen, gegen ihn das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ein-
zuleiten.

Wenn ein Landesherr ausnahmsweise nicht will, wie die
Juncker wollen, dann verwandeln sich die berufenen Wortkämpfer
der Monarchie in traffe Majestätsbeleidiger.

„Der Dank der Sozialdemokratie.“ Unter dieser Spitzmarke
beschäftigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ mit den Gründen, die
die „Münchener Post“ für die Nichtbeliebung der sozialdemo-
kratischen Landtagsabgeordneten an der höchsten Festlichkeit mit-
geteilt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt ihre Notiz wie
folgt:

„Wie peinlich die Behauptung wirkt, daß die Krone den
gesellschaftlichen Vorkehr der Sozialdemokratie gemüßigt, aber
bei dieser eine Abweisung erfahren habe, braucht wohl nicht
näher hervorgehoben zu werden. Es wäre gut, wenn diese
Darstellung des sozialdemokratischen Blattes voll zurückgewiesen
werden könnte.“

Der Wunsch der „Deutschen Tageszeitung“ wird sich kaum
erfüllen lassen.

Wieder ein Kölner Polizeiprozess. In den großen Kölner
Polizeiprozess knüpften sich eine Reihe kleiner Verleumdungsprozesse,
von denen einer vor dem Kölner Landgericht verhandelt wurde.
Wegen Verleumdung des Polizeikommissars Voith, des Polizei-
kommissars Stöwer und des Wirtes Epping hatte sich eine Frau
Weyherhofer, Wirtin einer Wirtschaft, zu verantworten. Die
Frau kühnte sich durch die Polizei ihres Bezirks besonders scharf
kontrolliert, während sie beobachtete, daß der Wirt Epping tun
und lassen konnte, was er wollte. In ihrer Erregung sagte sie
eines Tages zu einem Polizeiwachtmeister, daß Epping immer
Befehle zum Polizeibureau nach der Mangerstraße schicke.
Epping beurt das in der Verhandlung: er habe nur einmal
der Frau des Kommissars gemeinte Krügen aus Revolver mit-
gebracht. Die Schenkung sollte nur einen rein religiösen Charakter
haben, da Stöwer augenleidend sei. Über weitere Behauptungen

Sturmflut.

Roman von Friedrich Epitaphagen

83) (Nachdruck verboten.)

War die hübsche Ahnung denn nicht schon in traumatische Er-
füllung gegangen? hatte sie sich in ihrer Liebe zu ihm, der ihr
entgegengetreten war, als hätte die Himmelstür ihn gesandt,
als wäre er einer der himmlischen selbst, nicht schon unglücklich
unglücklich gefühlt? hatte sie nicht unzählige Male schon mit
heissen Tränen, mit bitterem Schreie, in trübender Verzweiflung
geklagt, gesagt, geschrien, daß er ihre Liebe nicht begreife, nicht
kann, nie fassen, nie begreifen werde? hatte sie es nicht deutlich
gesehen, daß er zurückstehe, zurückschauerte — nicht vor den
Gefahren, die auf ihrem dunklen Liebeswege drohten, — er war
so sehr wie einer, und so gewandt wie keiner — aber vor der
Liebe selbst, vor ihrer allmächtigen, aber auch alles verlangenden,
unersättlichen Liebe?

So hatte sie noch gestern empfunden — in dem Augen-
blicke selbst, der den seligen Augenblick folgte, als sie seinen
ersten Kuss empfingen und erwidert! Und heute! Heute
hatte sie über ihren Kleinmüt unter Tränen des Glückes, heute
hatte sie dem Geliebten unter tausend glühenden Küßen, die sie
in Gedanken auf seine schöne Stirn, seine holden Augen, seinen
lieben Mund brühte, alles ab, was sie je gegen ihn Erbittert
und Bitteres gebüht, gesagt und nun niemals, niemals wieder
denken, wieder sagen würde!

Sie hatte arbeiten, die letzte Hand an die Schmetter-
linge legen wollen. Ihre Hand war hilflos umgeschlagen gewesen, wie
in der ersten Schmetterling, und dabei war ihr nicht ohne einen
Schauer eingeleuchtet, daß sie ja geschworen, das Bild nicht
fertig zu machen. Es war, ohne daß sie es ahnte, ein glück-
seligster Augenblick gewesen. Was sollte ihr dies traurige Bild
erschütterter Hände? Die Arbeit schien ihr dieser ganze welt-
schmerzige Augenblick zu ihrer Arbeit: dieser hohe Saal, diese
Schöne, diese Stille, dieses Rollen, dieses Rollen, dieses Rollen
von Kränzen, Blumen, Früchten, diese Küßen, diese Küßen nach
den Originalen der Meister — ihre eigenen Augen, Entwürfe,
soeben niedrige — händiges Tapis mit verduropfenen Augen
nach einem Bild, das hier nicht zu finden war — nur in der
Liebe zu finden war — dem einzigen wahren Genie des
Zeitalters — dem Genie, was den sie nicht, daß es einzig sei,
daß es alles übertrifft, was die Menschen bis dahin als Liebe
empfinden und Liebe genannt!

Es hatte sie heute Morgen in ihrem Zimmer nicht gebüht,
daß sie die Hand des Meisters zu emp. Sie trat in den Garten

hinaus und wandelte in den Gängen zwischen den Büschen,
unter den Bäumen, aus deren rauchendem Gezweig Tropfen
von dem Regen der Nacht auf sie herabwehten. Wie oft hatte
sie der helle Sonnenchein, der klare Himmel freilegte, die ihren
Schmerz zu verschmerzen schienen! In dem grauen Gewölbe, das
trüb und schwer über ihrem Haupte hingob, schaute sie trium-
phierend empor: was bedürfte sie der Sonne und des Lichtes,
sie, in deren Herzen alles eitel Licht und Glanz war! Das
Rebelgeviertel, das jetzt zu fallen begann, wolle doch nur die
innere Blut, die sie zu verbergen drohte, ein wenig kühlen!
Ziehende Wolken, Nebelgefäße, rauchende Dämme, ziehende
Wägen, die fremde, fremde Erde selbst — es war alles wun-
derbar schön in dem Abgang ihrer Liebe!

Sie ging wieder hinein und setzte sich an der Stelle, wo
er sie geküßt, in einen Sessel und träumte ihn weiter, den
seligen Traum, während sie nebenan hämmerten und klopfen
und zwischen durch Schwächen und pflfen, und der Regen gegen
das hohe Fenster klapperte; — träumte, daß ihr Traum die
Nacht hatte, ihn herbeizujagen, der jetzt die Tür langsam
und leise öffnete und — es war ja nur ein Traum! — auf
sie zwang mit dem kalten Lüftchen auf den kalten Lippen und
dem kühnen Geistes seine: hundert Augen, bis plötzlich das
Lächeln auf seinen Lippen erschien und nur die Augen noch
leuchteten, aber nicht mehr in dem holden Feuer, sondern in
der düsteren, schmerzhaften Liebe von ihres Vaters Augen.
Und jetzt waren es nicht nur ihres Vaters Augen: es wande
immer mehr er selbst — der Vater! Heiliger Gott!

Sie war aus ihrem Schummer emporgeschauert; ihr Ge-
sicht schlugen; sie sank wieder in den Sessel zurück und raffte
sich alsbald wieder empor. Sie hatte an dem Bild seiner
Augen, an dem Brief, den es da in der Hand lag, mit dem
ersten hellen Augenblick gesehen, weshalb er gekommen war; sie
sagte es ihm in halbwegs, wirren, leidenschaftlichen Worten.
Er hatte das Haupt gesenkt, er widerstand ihr nicht; er er-
widerte nichts als: Mein armes Kind!

„Du bist dein Kind nicht mehr, wenn Du mit das
antritt!“
„Ich fürchte, Du bist es in Deinem Herzen nie gewesen.“
Und wenn ich es nicht gewesen bin, wer ist dann mein
als Du? Hast Du mir je die Liebe gezeigt, die ein Kind von
seinem Vater zu fordern berechtigt ist? Hast Du je etwas ge-
tan, mir das Leben, das Du mir gegeben, wert zu machen?
Hast Du mein Glück je ein Wort des Loses abgerungen?
Was ist leidet, je ein Wort der Anrechnung entlockt? Hast
Du mich jemals als gelobt, mich vor mir selbst zu demütigen?
Wird keiner zu machen, als ich in Willigkeit war? Wird
meine Kunst zu verleben? Wird jüsten zu lassen, daß ich in

Deinen Augen keine Künstlerin sei und nie sein würde? Daß
Du alles dies hier für nichts Besseres hieltest, als eine grobe
Puppenstube, die Du mir gekauft, damit ich in ihr die nutzlose
Zeit verbringe und verpöbele? Und jetzt, jetzt kommst Du, mit
meiner Liebe zu entreißen, bloß, weil es Dein Stolz so will,
bloß, weil es Dich beleidigt, daß ein so nutzlos niederes Ge-
schöpf auch einen Willen haben kann, etwas anderes wollen
kann, als Du? Aber Du irrst Dich, Vater? Ich bin trotz
allem Deine Tochter. Du kannst mich verstoßen, Du kannst
mich ins Elend treiben, wie Du mich mit dem Hammer da zer-
jämmert hast, weil Du der Stärkere bist; meine Liebe kannst
Du mir nicht entreißen!“

„Ich kann es, und ich werde es.“
„Versuche es!“
„Der Versuch und das Gelingen ist eines: Willst Du die
Matrikel des Herrn Deumant von Werben werden?“
„Was hat die Frage mit meiner Liebe zu tun?“
„So will ich sie in eine andere Form bringen: Hast Du
die Sitten, den Glanz, die irdischen Geschöpfen gleichen zu wollen,
die sich einem Namen hingeben — außer der Ehe, oder in der
Ehe, denn die Ehe ändert daran nichts — für irgend einen
anderen Preis, als den der Liebe, den sie für ihre Liebe ein-
tauschen? Herr von Werben hat nichts in der Laus zu
geben; Herr von Werben liebt Dich nicht.“

„Fernande lachte höhnisch auf: „Und er ist gekommen, zu
Dir gekommen, von dem er mußte, daß Du ihn und sein Ge-
schlecht mit einem blinden Haß verfolgst, um Dir das zu
sagen?“

„Er ist nicht gekommen; sein Vater mußte den schweren
Wang für ihn tun, zu welchem er selbst nicht den Mut hatte, zu
welchem sich der Vater die Ermächtigung des Sohnes erst er-
pressen mußte.“
„Das ist —“
„Seine Güte! Bei meinem Eid! Noch mehr: Nicht ein
mal aus freien Stücken ist er zu seinem Vater gegangen; er
würde es heute nicht, er würde es vielleicht nie getan haben,
wenn ihn der Vater nicht hätte rufen lassen, um ihn zu fragen,
ob es wahr sei, was sich die Spähen auf dem Dach erzählt
und freche Gauner der ahnungslosen Vätern in anonymer
Briefen schreiben, daß der Herr Deumant von Werben eine
Liebte habe so über die Gartenwand herüber, oder — was
weil ich?“
„Ja, mir die Briefe!“
„Hier ist der eine; den anderen wird Dir der Herr General
geteilt, wenn überlassen; ich bemerke, daß sein Herr Sohn hat
auf Antrage überhört.“
„Fernande las den Brief.
(Fortsetzung folgt.)

Der Frau Wiegand über Inspektor Wolff erließ die Beweisaufnahme, daß Coping Kassa mit dem Inspektor Wolff bei Fischer in der Kassa zusammenkam. Einmal Tages landete er an Wolff, als dieser krank war, acht bis zehn Flaschen Wein, die zu seiner Genesung dienen sollten. Trotz einträglicher Vorstellung des Gerichts wollte sich Coping nicht mehr entziehen, ob er dieses Geschenk vor oder nach der Einleitung einer Konfessionserweiterung gemacht habe. Ihn gegenüber behauptet Volkswirtschaftler Konrat, daß Coping ihm gelast habe, es seien 50 Flaschen Wein gewesen. Da das Gericht den Beweis für die Behauptungen der Frau nicht für voll erbracht ansah, wurde sie wegen breiter Verleumdungen zu insgesamt 45 Mk. Strafe verurteilt.

Kerze und Krankenkassen. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen in der Amtshauptmannschaft Zittau und der Stadt Zittau sind von den Ärzten abgebrochen worden, weil die Krankenkassenvertreter die Forderungen der Kerze nicht erfüllen konnten. Die Kerze fordern 22 Prozent der auf 4 Prozent des Lohnes erhöhten Mitgliederbeiträge. D mit würden die Kerze Honorare von 25 000 Mark auf 30 000 Mark steigen. Das mußten die Vertreter der Krankenkassen ablehnen. Die Kerze erklärten sich darauf bereit, nur noch bis zum 1. März zu den alten Sätzen zu praktizieren, unter der Voraussetzung, daß der neue abschließende Vertrag bis zum 1. Januar rückwirkende Kraft erhält.

Zwische der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Freistaat Lübeck und den Ärzten ist nach laueren Verhandlungen ein Vertrag zustande gekommen. Dasselbe sieht für 1914 eine Prämie von 10 Mark pro Mitglied, für 1915 eine solche von 11 Mark und für 1916-1918 eine solche von 12 Mark vor. Der Krankenkassatrag betrug bisher 8 Mark, wobei die Kerze eine ganz bedeutende Lohnerhöhung zu verzeichnen haben. Die Kerze Kerze besteht schon seit mehreren Jahren.

Gesamtanleihe des Kolonialrechts. Das Reichskolonialrecht hat eine neue Ausgabe des gesamten Kolonialrechts fertiggestellt, die sich gegenwärtig im Druck befindet. Die Neuausgabe wird das gesamte in den früheren Bänden enthaltene Material unter Ausprägung der veralteten Gesetze, Verordnungen usw. zum Anhang lassen.

Der neue Oberpräsident von Brandenburg. Der Regierungspräsident von der Schulenburg in Potsdam ist zum Oberpräsidenten von Brandenburg ernannt worden; der vorraugende Rat im Landwirtschaftsministerium Freiherr von Falkenhäusen zum Regierungspräsidenten in Potsdam.

Die Kaiserliche Disziplinerverfahren eingeführt. In dem Disziplinerverfahren gegen den Kreisrichter und den Bürgermeister in Habeln ist, elftischen Klättern zufolge, vom Regierungspräsidenten die Einstellung des Verfahrens beantragt worden.

Zur Kreiswahl in Ost- und West-Land. Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte im Reichstagswahlkreis Ost- und West-Land beschlossen laut einem Privattelegramm, bei der kommenden Gewählwahl bereits im ersten Wahlgang für das Zentrum einzutreten.

Die Hausdurchsuchungen in den Dresdener Zigarettenfabriken haben sich verhältnismäßig harmlos aufgeführt. Die in 23 Zigarettenfabriken abgehaltenen polizeilichen Durchsuchungen sollen nämlich ergeben haben, daß etwa zwei Drittel der Fabriken sich des unzulässigen Wettbewerbs schuldig machten. Wegen der Fabriken ist deshalb ein Verfahren eingeleitet. Die früheren Angaben über Geheimbünde und Beziehungen zu amerikanischen Tabakfabriken scheinen demnach, in den tatsächlichen Verhältnissen einen Boden zu finden.

Ausland.

Deutschland, England und Portugal.

Eine für uns sehr wenig erfreuliche Nachricht bringt die „Wiener Allgemeine Zeitung“ von besonderer Seite aus Paris. Es wird gesagt, daß in den Pariser diplomatischen Kreisen die Vorgänge in Portugal mit großer Aufmerksamkeit und Spannung verfolgt werden, da man unterrichtet sei, daß das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien in nächster Zukunft vor dem Abschluss steht und daß es von der Entwicklung der Dinge in Portugal abhängt, ob der Territorialbesitz der portugiesischen Kolonien jetzt schon an Deutschland und England übergeben wird. Das deutsch-englische Abkommen besagt, daß Deutschland und England sich dahin einig sein, die portugiesischen Kolonien in Interessensphären wirtschaftlicher Natur zu teilen und zwar soll, nach dem Vertragsentwurf Deutschlands die portugiesische Kolonie Angola an der Westküste Afrikas erhalten. Von dem portugiesischen Kolonialbesitz in Ostafrika fällt Laurence Marques mit einem Teil von Mozambique in die englische, der andere Teil von Mozambique in die deutsche Interessensphäre. Goa in Indien wird zur englischen Interessensphäre erklärt. Weiter sollen Deutschland und England übereingekommen sein, daß sie den Fall, als es sich herausstellen sollte, daß Portugal unfähig sei, die Kolonien zu behaupten, aus der Teilung in Interessensphären eine materielle Teilung der portugiesischen Kolonien werden soll, das heißt, Angola und ein Teil von Mozambique würden deutsches Territorium, Laurence Marques mit dem anderen Teile von Mozambique und Goa englisches Territorium werden. England sei es weniger darum zu tun, neuen Territorialbesitz zu erwerben, als durch Beherrschung der Delagoabai bei Laurence Marques seine Stellung in Südafrika wesentlich zu verfestigen. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und England sollen soweit geblieben sein, daß ein Scheitern als ausgeschlossen gelten kann und man ihrem Abschluß in der aller nächsten Zeit entgegensteht.

Der unerwünschte Kolonialzuwachs sollte uns gerade noch. Bittig würde er dem deutschen Steuerzahler nicht zu stehen kommen.

Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

Die Sitzung vom Mittwoch, 28. Januar, die formell als erste Sitzung des Parteitag der britischen Arbeiterpartei anzusehen war, wurde von dem Präsidenten der Arbeiterpartei, Genossen Fox, eröffnet. In seiner Eröffnungsrede betonte er die Notwendigkeit für die britischen Arbeiter, die Formen ihrer Organisationen zu verbessern. Vor allen Dingen müßten sich die zahlreichen kleinen Gewerkschaften verschmelzen. Sie müßten große Verbände nach dem Muster der deutschen Organisationen bilden. Politische und gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter müßten ständig zusammenarbeiten. Ihre Verbindung sei so eng wie möglich zu gestalten. Im weiteren behandelte Genosse Fox die Frage des Landmonopols und der Grundbesitzreform. Auch die Frage der internationalen Beziehungen wurde von ihm behandelt. Mit lauter Worten geißelt er die im Interesse internationaler Hilfsgesellschaften betriebene Verhinderung der Arbeiter. Der Parteitag spendete ihm bei diesen Worten fürwärtigen Beifall.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war eine Protestresolution gegen die brutale Politik der imperialistischen Regierung gelegentlich des letzten Kriegs. Darauf begründete eine Resolution, in der energisch gegen die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Aktion in Südafrika und

gegen die Deportation der Arbeiterführer protestiert wird. Die Resolution macht den Gouverneur von Südafrika, Lord Gladstone, für diese Vorgänge verantwortlich. Auf Antrag des Genossen Fox wurde ein Amendement in die Resolution aufgenommen, das die sofortige Abberufung des Gouverneurs verlangt. Die Debatte über die Resolution war kurz aber heftig. Alle Redner wandten sich mit großer Entschiedenheit gegen die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen. Schließlich wurde die Resolution unter großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Es folgt dann die Debatte über eine Protestresolution gegen die Flottenrüstungen. Alle Redner, die zu dieser Angelegenheit sprachen, getrieben die wahnsinnige und verwerfliche Politik des Militarismus. Genosse Ben Hillier behauptete, die Regierung habe nur für 50 Prozent ihrer Schiffe die notwendigen Mannschaften. Je mehr Schiffe gebaut würden, um so größer müßte das Defizit an Mannschaften werden, um so mehr, da die Röhre der Schiffmannschaften ganz miserabel und viel niedriger seien, als beispielsweise in der amerikanischen Marine. Auch die Resolution gegen die Flottenrüstungen wurde einstimmig und unter Beifall angenommen.

Es folgen Begrüßungen des Parteitages durch das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften und durch Vertreter des Generalbundes der Gewerkschaften. Dann wurde berichtet, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der Genossenschaftsbewegung vorläufig noch ohne Ergebnis geblieben seien. Die Arbeiterpartei sei aber jederzeit bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. — Als erster Ort des nächsten Parteitages wurde Bristol gewählt.

Die Fortsetzung der Debatte über den Proporz wurde auf Donnerstag vertagt.

Die Bauern und König Ferdinand. Von einem Führer der Bauern erzählt der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, daß ihre Partei an den König Ferdinand eine Adresse gerichtet haben, in der sie die Bildung einer breiten Koalition zur Abberufung aus allen Parteien für die Schranzemanen verlangen. Falls diese Adresse unbeantwortet bleibt, seien sie entschlossen, einen Block mit den übrigen Oppositionsparteien zu bilden, um bei den Wahlen gemeinsam vorzugehen.

Verhaftung eines italienischen Spions. Großes Aufsehen erregt die in Innsbruck erfolgte Verhaftung des Verwaltungsbeamten Caporazio aus Novaledo in Suganato wegen Spionage zugunsten Italiens.

Belir Bel zum Tode verurteilt. Das Kriegsgericht verurteilte heute, wie die österreichische Korrespondenz aus Palona meldet, den Major Belir wegen seines Aufschwungs zum Tode.

Erklärung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten. Im Repräsentantenhaus begann am Sonnabend die Debatte über die brennende Einwanderungsfrage, die eine der Einwanderung hinderliche Forderung eines Bildungsnachweises enthält. Eine Abstimmung über die Geschäftsordnung hat angezeigt, daß die Vorlage einer Zweidrittelmehrheit sicher ist.

Bryant wünscht nach einer Friedenskonferenz. Eingeweihte New-Yorker Kreise wollen wissen, daß Staatssekretär Bryant die Einberufung der dritten Daager Friedenskonferenz für Juni 1916 vorschlagen wird.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Am 28. Januar tagte im Gewerkschaftshause die Generalsversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Der Zweigverein Breslau und Umgegend. Den Jahresbericht erstattete Kollege Rothe. Er wies zunächst auf die beiden wichtigsten Vorkommnisse des letzten Jahres hin, die Tarifbewegung und die Einführung der Erwerbslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverbande. Bisher waren die Breslauer Bauarbeiter die größten Gegner der Erwerbslosenunterstützung in der Organisation; doch die in immer kürzeren Abständen wiederkehrenden Krisen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit habe auch bei uns eine Meinungsänderung bewirkt, und so wurde denn auf dem außerordentlichen Verbandstage in Hamburg am 2. Dezember 1913 die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen.

Folgte der Überaus schlechten Wirtschaftslage nahmen die Verhandlungen bezüglich der Tarifveränderung einen ungemein schleppenden Fortgang. Sie begannen am 29. Dezember 1913 und endeten am 1. resp. 27. Mai 1914 durch Schlichtung der Unparteilichen. Wenn dieser auch nicht allgemein befriedigte, so brachte er doch angesichts der großen Arbeitslosigkeit nennenswerte Verbesserungen, die an vielen Orten ohne zentrale Verhandlungen nicht zu erreichen gewesen wären. — Im Breslauer Lohngebiet erhöhte sich das Stundenlohn während der dreijährigen Vertragsdauer für gelernte Arbeiter um fünf Pfennig, für Hilfsarbeiter um sechs Pfennig. Leider war es nicht möglich, die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde durchzusetzen. Zum ersten Male wurde auch das Betongewerbe in den Vertrag einbezogen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen für diese Arbeitergruppe geregelt.

Die in den Jahren 1912 und 1913 in der Zeit vom 1. März bis 30. November — die Wintermonate also ausgenommen — aufgenommenen Erwerbslosen hatten folgende Ergebnisse: Im Jahre 1912 melde ten sich durchschnittlich wöchentlich 34 Maurer, gleich 2,3 Prozent, 70 Hilfsarbeiter, gleich 0,8 Prozent, 15 Stukkateure, gleich 15,8 Prozent. Im Jahre 1913 melde ten sich wöchentlich 131 Maurer, gleich 10,4 Prozent, 192 Hilfsarbeiter, gleich 11 Prozent, 22 Stukkateure, gleich 2,8 Prozent.

Diese Notlage der Arbeiter nötigte mehrere Unternehmer dazu aus, die Arbeiter zur Heberschneidung der tariflichen Arbeitszeit zu veranlassen. Unser Magistrat hält es sogar für richtig, die von ihm eingesetzten Kommissionen bei Ausübung ihrer Berufsarbeit beim Umbau der Kaufmannschen Spinnerei in der Klosterstraße mit 80 Pfennig Stundenlohn abzuspeisen, das ist genau die Hälfte des tariflich vereinbarten Lohnes, das jeder Hausbesitzer zahlt.

Die Arbeiter müßten sich im Berichtsjahre drei notwendig, die einen Aufnahmearbeit von 1836 Mark verzeichnen. Für die durch Streiks in anderen Berufen in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen wurden 784 Mark verausgabt. Gemäßregelt wurden 21 Kollegen, die Unterstützung belief sich auf 707 Mark 35 Pfennig. Der Posten für Inhaberkontenunterstützung betrug 375 Mark. Die Kosten für Inhaberkontenunterstützung belief sich auf 375 Mark.

Die Erlebung der Geschäfte der Ortsverwaltung geschah in 15 Sitzungen mit dem Arbeitgeberbunde und der Behörde, 47 Vorstandssitzungen des Zweigvereins und der Sektionen, 58 Versammlungen, 4 Vertrauensmännerberathungen, 13 Hausbesprechungen, 2 Baudirektionsitzungen und 4 Sitzungen mit den Bezirkskassieren.

Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 3057. Den Jahresbericht erstattete Kollege Rothe. Er führte aus, daß die wöchentliche Mitgliederzahl sich im Laufe des Jahres um 100 Personen erhöht hat. Während 1913 insgesamt 124.610 Mark un-

geloht wurden, davon 2000 in ausserordentlichen Fällen, während den 1912 noch 182.605, also 28.695 Mark weniger verausgabt; die Zahl der Arbeitslosen-Marken betrug 1912 1489 Stück 1913 dagegen 13.811, also fast 9000 arbeitslose Wochen mehr. Die Gesamtsumme, welche enorme Summe an Kosten durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gelindert werden wird. Die Gesamt-Einnahme der Baukasse betrug in diesem Berichtsjahre 78.283,10 Mark, die Ausgabe 48.107,70 Mark, im Jahre 1912 die Einnahme 96.546,65 Mark, die Ausgabe 40.141,06 Mark, also der bedeutend geringeren Einnahmen erhebliche Ausgaben. Besonders hoch war die Stelgerung der Kronenunterstützung von 12.477,95 Mark im Jahre 1912 auf 22.116 Mark im Berichtsjahre. Die Lokalkasse verzeichnete 49.846,05 Mark Einnahme 25.932,79 Mark Aufwand vom Vorjahr, verausgabt wurden 27.834,28 Mark, mithin verbleibt ein starker Bestand von 22.011,77 Mark.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde Kollege Rothe als erster, Kollege Paul Günther als zweiter Vorsitzender gewählt. Der am 12. November vorigen Jahres zum ersten Kassierer gewählte Kollege Bogt stand nicht zur Wahl, da er bis 1905 gewählt wurde. Als zweiter Kassierer wurde der Kollege Jünke und als Schriftführer die Kollegen Schiffer und Szowig gewählt. Als Revisoren wählte die Versammlung die Kollegen Groeger, Peipe und Schäfer. In die einzelnen Kommissionen wurden die bisherigen Mitglieder mit wenig Ausnahmen wiedergewählt.

Wie die Arbeiter der Mettenborfer Zuderfabrik an der gefällten Kompositionen liegen, beweist folgende Schilderung: Alle alljährlich, so sind auch bei dieser Kampagne die Leberkäse ganz ansehnlich. Werden doch fast alle Jahre bis 4000 Mark Zantien an die Herren Direktoren verteilt. Da müßte man glauben, es würden auch nur annähernd anständige Sätze gezahlt. Aber weit gefehlt. Die ausländischen Arbeiter 3 Mark bis 3,50 Mark pro Tag außer Wohnung und Schulausgaben, die Einheimischen dagegen 2 Mark bis 2,50 Mark. Man bedenke: mit 14,84 Mark Wochenlohn soll jemand in diesen teuren Zeiten seine Familie erhalten und Wiesen zahlen, die bei der Wohnungsnorm sehr hoch sind. Da ist es kein Wunder, wenn die Frauen mitarbeiten müssen. Ihre Löhne betragen höchstens 10 bis 12 Mark pro Woche zwischen 7,30 Mark bis 12 Mark gehalten. Nicht schlecht sieht es um die Mutterkundschaft. Auskleide- und Badräume aus. Die gesamte Hofkolonne, ungefähr 20 Mann, hat keinen Raum, wo sie ihren Rock oder Hut ablegen könnte, ebenso bei jezt im Freien arbeitenden Leuten im Schlammloch. Die auf dem Zuderboden beschäftigten Arbeiter haben eine Mische unter der Manjarde als Kus- und Ankleideraum ohne Fenster.

Die Badeeinrichtung in der Werksfabrik Abteilung Männer ist vollständig unbrauchbar, ungenügend desinfiziert ist das daneben befindliche Klosett. Der Speisesaal ist ungenügend geheizt. Auch fehlt es an ausreichender Sitzgelegenheit. Dafen zum Aufhängen der Kleidungsstücke vermisst man ganz. Der Betrieb hat seine eigene Krankenkasse. Aber auch hier herrscht äußerste Sparsamkeit, Spezialbehandlung gibt es in ganz seltenen Fällen obwohl es die Reichsversicherungsordnung vorseht. Im März finden die Wahlen der Vertreter zur Betriebskrankenkasse statt. Arbeiter, wählt einen Vertreter aus euren Reihen, der die Interessen der Arbeiter auch dort wahrnimmt. Wollt ihr aber bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, dann organisiert euch im Fabrikarbeiterverband, denn nur so wird es euch möglich sein alle Uebelstände zu beseitigen.

Zum Streit der Zimmerleute in Kenhammer ist zu ergänzen daß auch die Firma Jäckel-Neusatz noch im Zimmererzweig gelistet ist, weil sie sich weigert, Kost und Fahrgehalt zu zahlen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Deutsches Reich und Ausland.

Eine stark besuchte Arbeitslosenversammlung, die am Freitag in Düsseldorf abgehalten wurde, erklärte in einer Resolution, daß die bisherigen städtischen Notstandsarbeiten mit Stein klopfen in keiner Weise zur Behebung der Arbeitslosigkeit genügen. Darauf demonstrierten 1200 Arbeitslose durch einen Straßenzug, der sich in der Richtung auf die Wohnung des Oberbürgermeisters, Schloss Jägerhof, bewegte. Die Polizei drängte an den Straßenecken größere Trupps ab, die sich dann am Hauptbahnhof vereinigten. Hier zerstreute ein großes Polizeiaufgebot die Demonstranten.

Ein koalitionsfeindlicher Fleischwarenfabrikant ist Herr J. O. Siems in Witten (Ostpreußen). Vor einiger Zeit wurde vom Fleischerverband eine Versammlung für die Beschäftigten bei Siems einberufen. Herr Siems stellte sich mit zwei Söhnen und zwei Nichten vor dem Lokal auf, um die Beschäftigten vom Besuch der Versammlung abzuhalten. Als der Gauleiter die Gehilfen in einem anderen Lokal aufsuchte und dort eine Ansprache an sie hielt, kam auch Herr Siems mit seinen Söhnen schleunigst dort hin und fiel dem Gauleiter ins Wort. Er warnte seine Leute, sich nicht verhegen zu lassen und erklärte dem Gauleiter: die Firma wolle keine Leber in ihrem Betriebe und bulde auf keinen Fall organisierte Gesellen.

Die Firma Siems fabrizierte ausschließlich Corned beef (Düchsenfleisch), das auch durchweg bei allen Fleischermestern und Delikatessengeschäften geführt wird.

Der Kampf der Londoner Bauarbeiter, dem sich auch die Elektrizität mit der Forderung auf 90 Pfg. Stundenlohn anschließen haben, ist augenblicklich auf dem toten Punkt angelangt. Die Unternehmer wollen nur mit den einzelnen Gewerkschaften die Arbeiter aber nur durch ihre Förderung der Bauarbeiterverbände Verhandlungen anknüpfen. Die Unternehmer hätten die Selbe Organisation mit der Lieferung von Arbeitswilligen beauftragt, doch sollten diese sich verpflichten, eine Konventionalkarte von 20 Mark zu zahlen, wenn es zwischen ihnen und den Unternehmern zu Streitigkeiten kommen sollte. Auch in England trauen die Unternehmer diesen nützlichen Elementen nicht viel. Die Arbeiter aber lehnen den Preis ab. Nach den Behauptungen der Unternehmern soll ein beträchtlicher Teil der Arbeiter, auch der organisierten, sich den Mevers, wonach sie mit Unorganisierten zusammenarbeiten bereit sind, unterworfen haben; doch wird dies von Bauarbeiterverbänden bestritten.

Die Deportation der südafrikanischen Arbeiterführer Feilscht die öffentliche Meinung in besonders hohem Maße. Sonar die rechtsstehende Presse gibt zu, daß die Regierung gegen Verfassung und Gesetz gehandelt hat, doch sei ihr Vorgehen durch die Umstände gerechtfertigt. Gegenüber der Forderung der Arbeiter auf Rückberufung des Gouverneurs von Südafrika verweigert die offizielle Presse, daß daran gar nicht zu denken sei. Der Belagerungszustand ist noch nicht aufgehoben und die Demos wird so rigoros gehandhabt, daß eine den Tatsachen entsprechende Berichterstattung höchstens brüchlich, also mit mehrwöchiger Verspätung möglich ist. Inzwischen fanden nicht nur in Kapstadt, sondern auch in Gualand und Kalkutta Protestversammlungen gegen die Verfügung des Belagerungszustandes und die Vernichtung der Kriegsjurisdiktion zur Unterdrückung der Arbeit überregung statt.

Die gewerkschaftliche Landeszentrale in Frankreich beschloß, sich die in Protesten anschließen und den internationalen Gewerkschaftsbund zu erklären, eine internationale Protestaktion gegen die Vorfälle in Südafrika einzuleiten.

Die in der Schweiz abgeleitete die Arbeiter an der Gewerkschaftlichen Gewerkschaften

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Februar.

Die Ärzte gegen die Kranken!

Wie die Helfer der Menschheit in Krankheit und Gefahr in Breslau ihren hohen Beruf auffassen, ist durch die Bekanntmachung der Ärzte am letzten Sonnabend genügend dargelegt. Sie geben bekannt, daß sie von Donnerstag an auch in der Privatpraxis keinen Kranken mehr behandeln werden, der einer Rasse angehört und sie behnen die Verlegung der ärztlichen Hilfe auch auf die Familienangehörigen dieser Mitglieder, das heißt: sie werden den Säugling wie den Greis ohne ärztliche Hilfe lassen, ganz gleich, was daraus erwächst. In Erläuterungen, die sich einige bürgerliche Blätter von ärztlichen Kampfzähnen zurecht machen ließen, wird bemerkt, daß sich dieser Beschluß „natürlich“ nicht auf Fälle beziehe, in denen Lebensgefahr vorliegt. Das ist garnicht natürlich und in dem Wortlaut des Beschlusses steht nichts, steht kein Wort von Ausnahmen für Schwerkranken oder in Lebensgefahr befindliche Patienten.

Man wird den Breslauer Ärzten, die diesen Beschluß gefaßt haben, auch nicht glauben dürfen, daß sie solche Ausnahmen zu machen gedenken, denn mit ihrem Beschluß rechnen sie das Wort, das sie selbst über die Föhrung des Kampfes einst abgegeben haben. Der Vorsitzende des Leipziger Verbandes erklärte auf dem Kongress in Berlin am 4. November 1913:

„Mag die Sache kommen, wie sie will, auch wenn, wie ich bestimmt erwarte, alle vertraglichen Beziehungen zu den Krankentassen abgebrochen werden: Die Kranken werden werden jede ärztliche Hilfe finden, die sie brauchen und die sie von uns wünschen. (Verhörter Beifall.)“

Und in der von der Versammlung angenommenen Resolution heißt es:

„Nur die ärztliche Vertragspflicht muß aufhören, das gesundheitliche Interesse der Versicherten wird in keiner Weise beeinträchtigt. Die Kranken werden die Hilfe ihrer Ärzte nach wie vor finden, uneingeschränkt, nur ohne die Einmischung der Kassenverwaltung.“

Diese Resolution wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen und jetzt stellen sich die Breslauer Ärzte hin und eröffnen den brutalsten Feldzug gegen die Kranken, weil sie den gegen die Kassen so gut wie verloren haben.

Recht pikant ist es auch zu beobachten, wie die neue Ärztesprengel, die „Bresl. Ztg.“ geben, auch den gewagtesten Schritt der Ärzte, verteidigt und sei es um die Preisgabe der eigenen Gesinnung von gestern. In Nr. 808 der „Bresl. Ztg.“ vom 16. November 1913 hieß es noch:

Wenn es auch schon wiederholt geschehen ist, so möchten wir doch hier zur Aufklärung noch mehr betonen, daß dieser mögliche Ärztesprengel selbstverständlich nicht in dem Sinne aufzufassen ist, daß irgend ein Arzt die Behandlung eines Patienten verweigert. Davon ist keine Rede. Die Patienten bleiben in dem Streit nämlich unberührt. . . .

Selbstverständlich ist davon keine Rede. Aber ebenso selbstverständlich ist der „Breslauer Zeitung“ der jetzige Beschluß, der das Gegenteil besagt, denn der „Bresl. Zeitung“ ist alles selbstverständlich, was die Ärzte be-

schließen, es geschieht ja nur aus purer Aufopferung und Liebe für die armen Versicherten.

Wir glauben nicht, daß es einen vernünftigen Menschen in Breslau gibt, der auf diesen Bluff hereinfällt, ebenso werden wir nie glauben können, daß der inhumane und rigorose Beschluß die einmütigen Absicht der Breslauer Ärzte sein kann. Ärzte, deren persönliche Anschauungen wir genauer kennen, können unmöglich Befürworter eines so selbststichtigen, engherzigen und inhumanen Beschlusses gewesen sein.

So sicher es uns also scheint, daß hierbei nur ein Teil der Ärzte mitgewirkt haben kann, so sicher ist es auf der anderen Seite, daß der neueste Angriff auf die Kranken eine Antwort auslösen muß, die noch lange nachhallen wird, wenn der Kampf längst beendet ist, gleichviel wie. Dieses beabsichtigte Attentat auf die Gesundheit unbeteiligter Familienangehöriger werden die Arbeiter den Ärzten auch dann nicht vergessen, wenn es sich endgültig entschieden hat, ob und welche früheren (nicht neue) Kassenärzte, nach einem etwaigen Friedensschluß in Breslau bleiben resp. Kassenpraxis suchen.

Nationalliberale Versammlung.

Die Nationalliberalen hatten für Sonnabend abend die „Angehörigen aller bürgerlichen Parteien“ zu einer Versammlung mit freier Ansprache ins Konzerthaus einberufen. Als Redner hatte man sich den Abgeordneten Schiffer vorbehalten. Wie müssen gestehen, daß wir nie ein eiligeres und inhaltlicheres Gebot gehört haben, als in dieser Versammlung. Fast ununterbrochen rüllte die nationale Phrase wie aus einem Maschinengewehr, und nur die Ladepausen benutzte Herr Schiffer dazu, Junker und Regierung mit ein paar liberalen Sennterben zu necken, um dann gleich wieder das nationale Maschinengewehr in Tätigkeit zu setzen. Es lohnt sich deshalb auch nicht, über die Rede näher zu berichten, denn daß Minister Germania ebenfalls blaue Reden traug, während sie sich hure ihre Haarstränge glatt um die sorgenvollen Stirn kammert, das interessiert unsere Leser ganz gewiß nicht besonders. Natürlich ist Herr Schiffer der Meinung, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie im Mittelpunkt unserer Politik stehen muß. Wäre er diese Meinung nicht, dann würde er hoch nicht nationalliberal sein. Der Sozialdemokratismus wegen kann er denn auch das Vorgehen des Kardinals Kopp gegen die christlichen Gewerkschaften nicht billigen. Ein solches Vorgehen könne dazu führen, daß einmal das Massenbewußtsein der christlichen Arbeiter „über alles hinwegschreite“ und sie sofort ins Lager der Sozialdemokratie führt. Es sei heute ohnehin schon so schwer, die Arbeiter von der Sozialdemokratie zurückzuhalten.

Die Rede hatte bereits mehrfach höchst interessante von weiter links stehenden Liberalen ausgehört, und die zu erwartende Ansprache ließ erbauliche Dinge erhoffen. Herr Professor Karfmann, als Vorsitzender, wußte jedoch die gefährliche Lage zu retten, indem er dem Redner für die „Hülle der Botschaften“ danke und fürzer Hand die Versammlung löste.

* Verlegung des Breslauer Radrenntermins. Um ein Zusammenfallen mit den Terminen des Vereins für Pferderennen zu vermeiden, hat sich der Verein für Radrennen in Breslau entschlossen, seine ersten drei Renntage, die mit den Pferderennen zusammenfallen, zu verlegen. Demnach wird das erste Rennen dieser Saison schon am 18. April, am 1. Osterfesttage, vom Stapel gelassen werden. Der zweite Renntag folgt am 5. Mai und der dritte wird sodann bereits am 7. Juni vor sich gehen. Nach dieser Umänderung stellt sich also die Terminliste der Breslauer Radrenntermin 1914 definitiv wie folgt: 12. April (Eröffnung), 3. Mai, 7. Juni, 12. Juli, 16. August (Goldpokal), 6. September und 4. Oktober (Schlußrennen).

* Zwangsversteigerungen. In den letzten Tagen wurden vor dem hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke zwangsweise versteigert: Dpikstraße 84 mit 483 Quadratmeter Umfang und 6 890 Mark jährlichem Gebäudemietungswert (Meistbietender

war Hausbesitzer Martin Weller in Breslau auf das Gebot von 80 252 Mark), Cabitzstraße 78 mit 605 Quadratmeter Umfang und 7 080 Mark jährlichem Gebäudemietungswert. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 107 000 Mark. Den Zuschlag erhielt Rentier Oscar Vogel in Breslau auf das Höchstgebot von 95 100 Mark. Ferner wurden versteigert: Uguistraße 7 mit einem Umfang von 578 Quadratmeter und 6 580 Mark jährlichem Gebäudemietungswert (Meistbietender blieb Polizeikommissar Verno Hoffmann in Dohlschwerdt auf das Gebot von 101 000 Mark), Dpikstraße 58/60, Rehdigerstraße 30 und Sprudelstraße 1, mit 1032 Quadratmeter Flächeninhalt und 14 890 Mark jährlichem Gebäudemietungswert (Höchstgebot Rentier Georg Binoff in Breslau mit 184 000 Mark), Viktorianstraße 84 mit 761 Quadratmeter Umfang und 8 810 Mark jährlichem Gebäudemietungswert. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 131 500 Mark. Das höchste Gebot, 125 000 Mark, wurde gemeinsam vom Kaufmann D. Manschke in Sprottau, Kaufmann Emil Manschke in Pannau und Frau Emilie Donnewal, geb. Manschke in Hamburg angegeben. — Charlottenstraße 68 und Gabitzstraße 100, mit 838 Quadratmeter Flächeninhalt und 8870 Mark jährlichem Gebäudemietungswert, Meistbietender blieb Kaufmann S. Lauterbach in Breslau auf das Gebot von 118 100 Mark.

* Das Notizbuch der Stadtmission auf der Polteistraße bewahrt sich, wie es heißt, aufs Beste. Jede Nacht beherbergt es 70 bis 85 Ovdachlöse. Die Leute leisten am nächsten Tage sämtlich drei Stunden Arbeit. Viele, 40 bis 45, bleiben den ganzen Tag über in der Holzhaltestelle. Dafür erhalten sie volle Verpflegung; außerdem wird ihnen ein kleiner Geldbetrag gutgeschrieben. Das Notizbuch bedarf dringend weiterer Unterstützung durch Spenden von Geld und Naturalien, die an Pastor Schüller, Rehdigerstraße 31, I. und durch Holzbestellungen, die an Stadtmissionar Gebelert, Westendstraße 54, erbeten werden. Die Holzgänger sind mit Schildern der Stadtmission, die Holzverkäufer mit einem Ausweis versehen. Vor Schwindlern, die angeben, von der Stadtmission beauftragt zu sein, wird gewarnt.

* Sühndas Geld im Sacke klingt. Folgender Fall aus dem Reichsarchiv wird uns mitgeteilt: Ein Mädchen, das vom Lande kam, sah aber jetzt in Breslau bei ihren Verwandten aufhält, ging aus alter lieber Gewohnheit in die Breslauer Dorotheenstraße zur Ohrenheilerin. Als das sehr arbeitsame und gute Mädchen dem Beichtvater alles gesagt hatte, was es nach seines Vaters Ermahnung etwa noch an Sünden verübt haben könnte, fragte es der Geistliche, ob es Geld bei sich habe. Schlichtern und verlegen suchte es seine paar Pfennige aus der Tasche hervor und der Geistliche sagte ihm nun, wenn es 50 bis 70 Pfennige in den Opferkasten werfe, dann würden ihm die Sünden vergeben sein. Das tat das Mädchen und verließ, nun von Geld und Sünden erleichtert, das fromme Haus. Offenlich beherzt das Mädchen die Aufklärung, die es im Anschluß an diesen Fall von seinen Breslauer Verwandten erhalten hat.

* Von Schultameraden gerettet wurde am 29. Januar der 14 jährige Schüler Max M., der auf dem Gise der alten Oder hinter der Dumsfelder Brücke eingebracht war. Auf seine Hilfe eilten zwei Spieltameraden herbei, denen es gelang, trotz des abbrechenden Eises den bis zum Halse durchdrungenen Verunglückten herauszugreifen. Er wurde zunächst in eine Wohnung in Carlowitz geschafft, bis trockene Sachen zur Stelle waren.

* Das Auf- und Absteigen. Am Sonnabend nachmittag ist auf der Lehmgrabenstraße eine Frau beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens ausgeglitten und zu Fall gekommen. Sie schlug so heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster, daß sie bewußtlos liegen blieb. Sanitätsleute der Feuerwehr schafften die Verunglückte in ihre Wohnung.

* Auf der Straße verunglückt. Auf der Schweidnitzerstraße (am Kaiser-Wilhelm-Denkmal) kam Sonnabend nachmittag ein Mann durch Ausgleiten zu Fall und erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und am Kopf. Sanitätsleute der Feuerwehr leisteten dem Verletzten die erste Hilfe und brachten ihn ins Wenzel Handwerkerhaus.

* Handtäschchen Diebstahl. In einem Wäschegehalt auf der Herrenstraße ist am Donnerstag nachmittag einer Frau eine Handtasche mit 25 M. Geld vom Arme losgeschritten worden.

* Zusammenstoß. Am Freitag nachmittag stieß auf dem Gehweg, Ecke Bartischstraße, ein Straßenbahnwagen mit einem Fährerwagen zusammen. Der Unfall war so heftig, daß beide Fahrzeuge erheblich beschädigt wurden.

Lobe-Theater.

„Maria Stuart“ von Schiller.

Obgleich Schillers erstes und letztes Drama, die „Mäuer“ und sein „Toll“ bei weitem vollständiger als seine „Maria Stuart“ sind, in der er mit Hilfe einer rhythmisch gehobenen Sprache nach der erschütternden Gewalt der griechischen Tragödie ringt, ist „Maria Stuart“ nächst dem „Toll“ doch das meist gelieferte Schillerische Drama. Und das obgleich unser Gegenwart-Theater in seinen Zielen wie in seiner Technik dem großen rhetorischen Schwingung Schillerischer Dramen etwas fremd gegenüber stehen mußte. Aber der von einer mächtigen Willenskraft und einem starken dramatischen Gefühl getragene Idealismus Schiller reißt noch heute alle mit fort, deren Herz jung geblieben. Viel sind's leider nicht. Schwärmende junge Mädchen, Nüchlinge, die die Welt aus ihren Angeln heben wollen, bilden noch heute wie seit je das Publikum, zu dem die Schiller'sche Muse spricht. Den kühleren Köpfen unserer Zeit sind seine Dramen, eine Gestalten, zu wirklichkeitsfremd. Er stellte weniger Menschen, wie sie wirklich sind, als Träger von großen Ideen auf die Bretter. Aber er war der größte Schiller auf der Bühne. Und darum, und weil er wie keiner anderen, wie keiner zum Widerstande aufrufen kann, ist er der Diebling der Jugend und der aufstrebenden Klassen: also heute des Proletariats geworden. Und das obgleich der jüngere Schiller zur Geschichtsauffassung des letzteren im schärfsten Gegenlage stand. Gegen Ende seines Lebens ging in dem Punkte die Wandlung in ihm vor. (Schade, daß diese Wandlung durch seinen frühen Tod in keiner Dichtung mehr ihren Ausdruck gefunden hat). Diese Beobachtung konnte man auch am Sonnabend wieder im Lobetheater machen, wenn auch „Maria Stuart“ hauptsächlich auf junge Mädchen wirkt. Der dritte Rang war überfüllt, der zweite fast ebenso, während das Parkett und der erste Rang, die mehr dem „Besseren“ Publikum reserviert sind, stark Aden zeigte, und ein vorwiegend jugendliches Auditorium auswies.

Schade. Die Aufführung hätte ein volleres Haus verdient. Herr Direktor Dierckson scheint viel auf eine gute Sprachkultur zu geben, denn so gut wie jetzt sind früher wohl selten unsere Schiller gesprochen worden. Sein „Doktor“ war sprachlich ein Genuß. Gerade in den herrlich dahinbrausenden Versen liegt die Schiller'sche Stärke. Es sind idealisierte, nicht Wirklichkeitsmenschen, darum fordern sie von den Darstellern eine ganz andere Behandlung. Ohne Pathos ohne einen ins Große gehenden Zug verdingen uns seine Gestalten nicht fortzureißen. Dieses Zug ins Große, verbunden mit einer blühenden, wenn auch manchmal etwas harten, Sprache brachte Fel. v. Hellwig in vollem Umfange mit. „Maria Stuart“ war jener unaußersichtliche Punkt, auf den diese Gestalt hineingetragen werden sollte. Besonders in der Zusammenkunft mit der Elisabeth war sie dastellend wie reichlich von hineinreichender Wirkung, so daß ein begeistertes Beifallssturm auf offener Scene das Haus durchdrang. Damit hat diese tüchtige und vielseitige Künstlerin gezeigt, daß sie auch Schiller'sche Frauenrollen voll auszuspielen vermag. Wann werden wir sie einmal als „Maria Magdalena“ sehen? Eine

tüchtige Leistung in Sprache und Darstellung war auch der „Robert Dulek“ des Herrn Machold der sich den beiden erstgenannten würdig angeschlossen. Auch die Herren Johow und Barna gaben prächtige Schiller'sche Gestalten. Leider kann ich nicht daselbe von Herrn Maritz sagen; er, der sonst ein feingestalteter Künstler ist, vermag mit diesen wichtigen feinstimmten Rittergestalten nichts recht anzufangen. Wenn gleich ich gestehen muß, daß er manchen Szenen eine sonst nicht gewohnte psychologische Verbindung gegeben hat. Aber er verliert sich zu sehr in naturalistischen Nuancierungen. Das Pathos geht ihm ab. Sehr viel zu wünschen übrig ließ auch Frau Eske Strohmann als „Elisabeth“, der der klassische Stil nun einmal garnicht liegt. Auch Fel. v. Hellwig verfiel manchmal zu sehr in die ihr sonst sehr gut liegende realistische Spielweise, während Herr Gemp durch feuriges Pathos erfreute. Nun noch ein Paar Worte über die Regie des Herrn Berger, der im Großen und Ganzen eine gut vorbereitete Aufführung herbeibrachte, aber so sehr ich seine Spielleitung in modernen Sünden schähe, hier war er wohl nicht am Platze. Manchmal tat er des Guten zuviel, z. B. was die dekorative Ausstattung anbelangt. Ich will nicht darüber rechten ob immer Stilleinheit in den Kostümen herrsche, aber die grauen Säulen aus dem „Byzantion“ fanden mehr im Wege als daß sie den Raum schmückten. Da hat Max Meinhart, was den dekorativen Stil in den altenglischen Schülern anbetrifft, mit viel weniger Mitteln (ohne die vielen — hier kultur-fremden — figürlichen Wandmalereien) eine ganz eigenartige Wirkung erzielt.

Vielleicht sichert sich die Direktion die Mitarbeit eines tüchtigen Kunstgewerbieters. Sie könnte oft mit weniger Ausgaben eine tiefere Wirkung erzielen.

Aus aller Welt.

Erfinder und Unternehmer.

Die vereinigten Interessentenverbände der chemischen, elektrischen und Maschinenindustrie haben längst in Berlin eine Kundgebung zur Patentgesetzreform veranstaltet: — natürlich hinter verschlossenen Türen — um den schlichteren Versuch der Regierung, den technischen Angestellten zu einem bescheidenen Schutz ihrer erfinderischen Leistungen zu verhelfen, in Grund und Boden zu verurteilen. Das Publikum bildeten die Herren Dr. Deumer, Regierungsrat Schweißhoffer, Dr. Kublo, Landtagsabgeordneter Girsch (Essen), Doktor von Boettinger, Justizrat Gaeuser (Höchst), Kommerzienrat Dentsli (Graudenz) und andere durch ihre schärfste Geminnung satfam bekannte Industrielle und Arbeitgeberskreise. Wohl nur auf die Regierung als möglichsten Repräsentanten bestell, darunter der Generaldirektor der Ludwiga Eisen- u. Stahlwerke, Justizrat Waldschmidt, Dr. Goldschmidt, Eisen- und Kommerzienrat Guggenheimer. Das unter diesen Umständen sehr gutes Paar an dem langen Gegenüber und die die Anwesenden vollends nicht wenig lieb. In begreift

sich. Aber allerleibst waren doch die „Gründe“, mit denen sie ihre Sorge um einen möglichen Profitverlust zu verbergen suchten. Zu diesem Zweck bedienten sie sich des alten Erbs, ihren kapitalistischen Unternehmervorteil mit der Wohlfahrt des gesamten Volks zu verwechseln, um von diesem Standpunkt aus jeden Erfinderlohn für eine Bedrohung der deutschen Volkswirtschaft zu erklären. Dr. Goldschmidt stellte fest, daß die Idee, dem Angestellten Erfinder eine Vergütung zu gewähren, überhaupt in den Tatsachen keine Berechtigung Grundlage findet. Mit anderen Worten: die schöpferische Tätigkeit des Erfinders zu belohnen, ist überhaupt sinnlos; Anspuch auf Entschädigung und Verdienst hat gerechtere Weise immer nur der Unternehmer!

Ein kleines Stüchchen „Erfinderehre“, die Nennung des Erfindernamens in der Patentschrift, wollen die Herren den Angestellten anständig gewähren, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß daraus „unter keinen Umständen die grundsätzliche Anerkennung eines Erfinders rechtes gefolgert“ wird, das heißt auf deutsch: nur sofern es die Unternehmer nichts kostet! Große Sorge macht den Herren die Aussicht, daß die eventuell nötige Verständigung mit dem Angestellten-Erfinder gelegentlich zu Differenzen führen und dann „das zurzeit gute Verhältnis zwischen den höheren Angestellten und ihren Dienstherren“ flären könnte, wie Dr. Goldschmidt sich ausdrückte. Als ob dieses „gute Verhältnis“, soweit es überhaupt noch vorhanden ist, nicht täglich durch unsoziales Verhalten der Unternehmer hundertmal mehr und stärker gefährdet würde, als es eine noch so radikale Patentreform jemals vermag!

Alles Überflüssig war jedoch die Anschauung des ersten Referenten, Justizrat Waldschmidt, der den Satz prägte: „Während das Patentrecht bisher eine soziale Erscheinung war, die den Fortschritten der allgemeinen Technik und der Volkswirtschaft dienste, soll es künftig den privaten Interessen der Erfinder dienen“. Eine ärgere Kopffeldung der Tatsachen ist kaum denkbar; denn leider liegen die Dinge heute so, daß es einen Schutz des Erfinders und seines geistigen Eigentums überhaupt nicht gibt.

Das geltende Patentgesetz stellt nur einen ganz einseitigen Vermögensschutz dar, kann also mit dem Wort „sozial“ überhaupt nicht in Beziehung gebracht werden. Auch durch den Entwurf der Regierung wird dieser unerträgliche Zustand nur teilweise gebessert; einen wirklichen Erfinderschutz würde auch er nicht bringen und die technischen Industriellen Beamten haben deshalb übereinstimmend erklärt, mit dieser unvollkommenen Reform keinesfalls zufrieden zu sein. Aber das Vorgehen der Unternehmer beweist doch, daß ihnen selbst diese Beschleidenen Zugeständnisse schon zu viel sind und daß sie unzufrieden sind, jeden Paragraphen des bisherigen Rechtes bis zum äußersten zu verfechtigen. Es ist deshalb nötig, daß auch auf der Arbeitnehmersseite alle Kräfte aufgebracht werden, wenn anders das neue Patentgesetz nicht wieder ein Kapitalkriegsrecht eines „Erfindersgesetzes“ werden soll.

Deutscher Reichstag.

208. Sitzung, Sonnabend, den 31. Januar, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. Baffermann (Natl.): Als erster Redner aus dem Hause will ich zunächst der herzlichsten Teilnahme des Reichstages Ausdruck geben für die Opfer des Unglücks auf der Zeche Minister Achenbach und ihrer Angehörigen. — Das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutreten, wäre sittlich verwerflich und politisch ein Wahnsinn, und (Sehr richtig! links) weil dadurch die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen dem Staatsgedanken entfremdet würden. Dem konservativen Antrag auf Erlass eines Verbot des Streikpostenlebens lehnen wir ab; auch heute bereits hat die Volksehrerbände die Befugnis zum Einschreiten, wenn die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet wird, ja, sie darf auch vordringend eingreifen, wenn sie diese Gefahr befürchtet. (Hört! hört! bei den Soz.) Bei der Verlängerung der Handelsverträge muß der wirtschaftliche Ausschuss der Regierung beratend zur Seite stehen; deshalb sollten in ihm die größeren wirtschaftlichen Verbände direkt vertreten sein, und er solle in Unterstellungen zur Beratung von Spezialfragen geleitet werden. (Bravo! bei den Natl.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Im Anschluß an die ersten Ausführungen des Vordrängers möchte ich auch im Namen der Verbündeten Regierung den Empfindungen des Schmerzes, des Bedauerns und der herzlichsten Teilnahme Ausdruck geben, die uns alle erfüllt aus Anlaß der Kunde von dem erschütternden Unglück im Ruhrrevier. (Der Redner verliest die Depesche, in der das Unglück gemeldet wird.) Die Mitglieder des Reichstages haben sich hierbei von den Plänen erhoben. Sobald weiteres Material zur Verfügung sein wird, werde ich es dem Hause mitteilen. — Den Wunsch des Vordrängers auf eine stärkere Bekämpfung der großen industriellen Verbände im Wirtschaftlichen Ausschuss kann ich nicht für zweckmäßig halten; der Wirtschaftliche Ausschuss würde sich dadurch leicht zu einer Art Neben- oder Vollparlament umgestalten.

Abg. Wendorf (Vpl.) polemisiert gegen den Abg. Doesch, der die innere Kolonisation im Munde der Volkspartei als hohles Schlagwort bezeichnet hat. Diese jugendliche Lieberhebung muß zurückgewiesen werden. (Sehr. Beifall links. Präsident rümpft diesen Ausdruck.) Die Redner der Rechten erkennen zwar die Landflucht als bestehend an, sind aber nicht auf ihre Ursachen eingegangen, und damit auch nicht auf die Mittel zur ihrer Verhütung. Ein wichtiges Mittel gegen die Landflucht wäre die Ausweisung von Damänen, und das Verbot der Bildung neuer Familienidealkommissionen. (Sehr richtig! links.) Die Güterbesitzer durch die Großgrundbesitzer hat letzterzeit auch Graf Bodojewski aufschärfte verurteilt. (Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (Konf.): Das Koalitionsrecht wollen wir den Arbeitern keineswegs nehmen. Wir stehen vielmehr den christlichen und den wirtschaftsrechtlichen Arbeiterorganisationen sehr sympathisch gegenüber. Aber gerade zu ihrem Schutze ist das Verbot des Streikpostenlebens notwendig. Die Volksehrerbände hat nur die Befugnis, im verkehrspolitischen Interesse dagegen einzuschreiten. Das genügt nicht; das Streikpostenlehen an sich, dieses Mittel der Bedrohung und Einschüchterung der Arbeitsschichten, muß verboten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Spiegel (Soz.): Wenn das Reichsamt des Innern unseren Wünschen mehr Rechnung getragen hätte, so würde Leben und Gesundheit der Arbeiter weit besser geschützt sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach den neuesten Meldungen soll das Unglück auf der Zeche „Minister Achenbach“ 22 Tote, 18 Schwerverletzte und 5 Vermisste zu beklagen. (Hört, hört! bei den Soz.) Von den Schwerverletzten befinden sich mehrere in hoffnungslosem Zustande. Allerdings liegen über die spezielle Ursache dieses Unglücks noch keine näheren Nachrichten vor. Jedenfalls muß eifrig darauf hingearbeitet werden, daß die durch das Gesetz vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen. Statt dessen macht man ihnen die größten Schwierigkeiten, man löst die Stelgenreisere auf, wenn der Sicherheitsmann sie revidieren will, und später werden sie erst wieder ins Leben gerufen. (Hört, hört! bei den Soz.) Mit Recht verlangen die Bergarbeiter überall ein einheitliches Reichsberggesetz. Auch der Reichstag hat diese Forderung zu der seinen gemacht, nur der Bundesrat stellt sich ihr entgegen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Herr Baffermann hat sich zwar gegen den Antrag Westarp erklärt, aber nur, weil er meint, die heutige Gesetzgebung und die Vollmachten der Polizei genügen gegen die „Auswüchse“ des Koalitionsrechts. Es handelt sich gar nicht um eine Verteidigung

des Koalitionsrechts, sondern muß ein wirkliches Koalitionsrecht überhaupt erst geschaffen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Heute werden die Gewerkschaften in jedem Kampfe durch „Polizeiverordnungen und Polizeischikanen“ geschädigt,

wobei von den Polizeibehörden bis zum Landrat und höher hinauf eine ganz erstaunliche Befehlshierarchie an den Tag gelegt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Schon heute müssen die Gewerkschaften ihre Kämpfe unter einem Ausnahmezustand führen. Das gilt auch von den christlichen Gewerkschaften, wenn sie einmal genötigt sind, in den Kampf zu ziehen. Ein großer Teil der christlichen Arbeiter wird sich deshalb bedanken, seine gewerkschaftliche Tätigkeit unter konservativem Schutz auszuüben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der trübseligste Terrorismus wird von den Unternehmern ausgeübt. Wie die Herren mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter umspringen, zeigt ein vertrauliches Zirkular des Vereins der Osnabrücker Metallindustriellen, worin davon gewarnt wird, Leute, die freiwillig aus einer Arbeitsstelle gegangen sind, wenn sie auch ordnungsmäßig gekündigt haben, wieder einzustellen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Arbeiter, der deswegen gegen seine frühere Firma, die den Ueberweisungschein verweigerte, auf Schadenersatz klagt, bekam vor dem Amtsgericht Recht, weil ein solcher Vertrag gegen die guten Sitten verstoße. Das Landgericht dagegen gab ihm Unrecht, denn eine sittlich verwerfliche Handlung stelle es nicht dar, wenn den Arbeitern nur vorübergehend auf einige Zeit

die Erwerbsmöglichkeit abgeschnitten wird.

(H. H. Dörl, hört! b. d. Soz.) Die Herren rechts haben also wirklich keine Ursache, das Koalitionsrecht noch einzuschränken. Wir wissen recht gut, woher der Wind weht. Jeter und Morbio wird in allen Unternehmerversammlungen über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen geschrien. Dabei terrorisieren diese Herren nicht nur die Arbeiter, sondern auch die technischen Beamten. Ich erinnere nur an die Maßregelungen gegen den Hund der technisch-industriellen Beamten. Freilich sind in den wirtschaftsrechtlichen Organisationen bereits Tausende von Arbeitern, wieviel Blutspässeln aber dabei sind, weiß Herr Baffermann natürlich nicht. (Sehr laut! b. d. Soz.) Bei Siemens in Berlin sind allein sieben gelbe Sekretäre angestellt, die die Arbeiter in die gelben Berne pressen. Das ist natürlich kein Terrorismus. Nicht umsonst heißt es: Zurückhaltung in der Sozialpolitik. Nicht nur die Arbeiter, auch die Beamten sollen der selben Gesinnungslosigkeit preisgegeben werden. Dann möchte ich die Aufmerksamkeit des Staatsrechts noch auf die ganz unhaltbaren Zustände im Gastwirtschaftsgewerbe lenken. Die Portiers, Hausmädchen u. haben ganz unzureichende Arbeitszeit. Es ist dringend nötig, diese Arbeitskategorien in die Bundesratsverordnung von 1902 einzubeziehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hakenländer (Zentrum) fordert Regelung des Waffenhandels und Schaffung einer besonderen Liebhaberkammer. Unterstaatssekretär Hiltner sagt Erwägung der Anregung betr. Errichtung einer Liebhaberkammer zu. Ein Gesekretariat über den Waffengebrauch ist in Vorbereitung.

Abg. Dr. Böhm (Natl.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen des Abg. Hölz. Weite Kreise der Konservativen wollen von der inneren Kolonisation nichts wissen, es wird viel mehr Land zu Siedelkommissionen geschlagen, als an Rentengütern geschaffen wird.

Abg. Peus (Soz.): In der Debatte ist vielfach auf meine Aeußerung von der Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Mittel- und Großbetriebe hingewiesen. Man tat dabei immer so, als handle es sich um die Verdrängung hauptsächlich der kleinen Bäckereier durch die Konsumgenossenschaften. Ich stelle fest, daß die Konsumbetriebe nur den fünften Teil der Großbäckereien betragen, es werden also weit mehr kleine Bäckereien durch den privaten Großkapitalismus vernichtet, als durch die organisierten Genossenschaften.

Abg. Baffermann (b. l. Frakt.) polemisiert gegen den Abg. Böhm, dessen Ausführungen vielfach im Gegensatz gestanden hätten zu den Anschauungen der nationalliberalen Partei. Bitterkeit kommt Herr Böhm auch aus der nationalliberalen Partei heraus. (Heiterkeit.) Als der Redner bemerkt: Ein Mitglied der Zentrumspartei hat sehr richtig gesagt, wird ihm antworten: Gehen Sie doch zum Zentrum! (Heiterkeit und abwehrende Bewegung im Zentrum.) Darauf fährt Redner fort: Ich habe tatsächlich im Reichstage erkannt, daß die Zentrumspartei viel besser ist als ihr Ruf. (Stürmische Heiterkeit.) Es wird ja bei den Wahlen leider so gewaltig viel Schwindel getrieben. (Erneute schallende Heiterkeit.) Bei den Wahlen wurde uns immer gesagt, der schwarze-blaue Block, das ist die größte Gefahr, und jetzt habe ich bei den Nationalliberalen erfahren, daß man mit der Zentrumspartei eine ganz vorzügliche Politik machen kann. (Stürm. andauernde Heiterkeit.)

Damit ist die Rednerliste zum Titel „Staatssekretär“ er-

schloß bis auf die Beratungen über das Vereinsrecht, die am Mittwoch stattfinden sollen.

Das Haus vertagt sich. Weiterberatung des Etats Dienstag 2 Uhr pünktlich.

Preussisches Abgeordnetenhause.

16. Sitzung.

Sonnabend, den 31. Januar 1914, vorm. 11 Uhr.

Am Ministerial v. Schorlemer.

Zu Beginn der Sitzung macht Präsident Graf v. Schwerin-Böwis Mitteilung von der schweren Grubenkatastrophe im westfälischen Kohlenrevier und spricht unter dem Beifall aller Parteien die Teilnahme des Hauses aus.

Der Forstetat.

Abg. Meyer-Zawellington (Konf.): Die neu eingeführte Entlohnungsart der Waldarbeiter bewährt sich vor allem dadurch, daß sie eine wirtschaftlich unentbehrliche Statistik der Erwerbsverhältnisse der Arbeiter ermöglicht. Die Verwaltung hat eine Erhöhung der Löhne für die Vorarbeiten freigestellt. Sie hätte diese Erhöhung anordnen sollen. Denn wenn wir mit unseren Wohlthaten zu spät kommen, so wird von den Arbeitern das, was wir ihnen hätten zubilligen sollen, als ihr Recht gefordert und wir gehen ohne Dank aus. Der Domänenfiskus, dessen Einnahmen bedeutend geringer sind als diejenigen des Forstfiskus, hat für Arbeiterhäuser eine viel größere Summe als dieser in den Etat einstellt. Gerade auf diesem Gebiete muß die Forstverwaltung noch viel mehr tun. Das Streben der Waldarbeiter nach guten Wohnungen soll man wirksamer unterstützen (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Waldarbeiter eine gute Wohnung hat, hat er auch eine zufriedene Frau, und wenn er eine zufriedene Frau hat, geht er nicht in den Dorfkern, sondern freut sich seines Heimes — und dann ist er (nach links) unter! (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Lüders (Frei.) Auch wir treten für Waldarbeiterhäuser ein.

Abg. Dr. Ehlers (Vollst.) Die ungenügende Holzverwertung durch die Verwaltung führt uns von der See zu Wäldern des Waldes. Infolge der schlechten Lage des Baummarktes hat sich das Gebiet des Holzabzuges wesentlich verengt. Der Etat der Forstverwaltung beläuft hier einen viel zu großen Optimismus der Behörden. Wir fordern eine bessere kaufmännische Ausbildung der Forstassessoren. Das Gehalt der unteren Forstbeamten muß aufgebessert werden.

Präsident Graf v. Schwerin-Böwis bringt eine Nachricht zur Verlesung, derzufolge auf der Grube „Achenbach“ heute morgen die übrigen 80 Arbeiter gerettet wurden. (Beifall.)

Während der weiteren Beratungen bringen eine Reihe weiterer Redner spezielle Wünsche zum Forstetat ein. Ein Vertreter der Regierung verspricht einen höheren Betrag für Arbeiterwohnungen in den kommenden Etat einzustellen.

Abg. Wallbaum (Wirtschaftl. Bg.) Nur dadurch, daß man die Löhne verbessert, und eine großzügige Wohnungspolitik treibt auch den Waldarbeitern eventuell billige Darlehen gewährt, wird es möglich sein, den Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Der Abg. Hofer hat die Lage der ländlichen Arbeiter vergeichnet. Die Lohnverhältnisse sind nicht so schlecht und vor allem sind die Ernährungsverhältnisse auf dem Lande besser, als in der Stadt. Da die Arbeiter der Zwangsversicherung unterworfen sind, ist eine Erhöhung des Lohnes im Hinblick auf die Beitragsleistung erwünscht. (Lachen.)

Die Waldarbeiter dem christlich-nationalen Zentralverband angegeschlossen haben, haben sie einen scharfen Gegensatz zwischen sich und der Sozialdemokratie gezogen. Einzelne Oberförster haben den Landarbeitern, die sich der christlich-nationalen Organisation anschließen wollten, geantwortet, daß dieser Anschluß vom Landwirtschaftsminister nicht gestattet wäre. Das ist natürlich nicht richtig; aber wir fordern den Minister auf, seine Stellung zu unserer Organisation festzustellen. Ferner möchten wir eine Vertretung der Waldarbeiter zum Zweck der Beratung der vorgelegten Forstetat. In gelegentlichen Feiertagen und wasserländischen Beerdigungen sollen Lohnzahlungen erfolgen. Wir erwarten, daß die Staatsregierung die auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen anerkennen wird.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Soweit möglich, werde ich die Wünsche des Vordrängers prüfen. Die Stellung der Forstverwaltung zum christlich-nationalen Arbeiterverband habe ich bereit im vorigen Jahre beim Forstetat im Hinblick an die Rede des Abgeordneten Vorschacht festgelegt. Die Waldarbeiter sollen nicht mit ihren Löhnen unzufrieden gemacht werden. Deswegen halte ich eine jede Organisation für überflüssig, eine sozialdemokratische sogar für schädlich. Entlassen

Aus aller Welt.

Zum Unglück auf Zeche Minister Achenbach.

Die amtliche Feststellung.

Nach amtlicher Feststellung der Zeche „Minister Achenbach“ sind 19 Bergleute tot aufgefunden worden. Drei Bergleute sind schwer verletzt, drei werden vermisst und liegen vermutlich unter den Trümmern. Das Unglück hat also bis jetzt 25 Opfer gefordert. Der Berghauptmann und die Revierbeamten waren in der Grube und haben sie befehligbar gefunden.

Bis Sonnabend nachmittag sind von den Verunglückten auf der Zeche „Minister Achenbach“ sechzehn Tote rekonstruiert worden. Dapon waren sieben verheiratet und neun ledig. Nachzutragen ist, daß von 17 Verletzten acht sich nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen begeben konnten. Von den übrigen neun starben drei, bei den anderen liegt keine unmittelbare Lebensgefahr vor. Die Beerdigung der Opfer findet voraussichtlich Montag nachmittag 3 Uhr statt.

Der Herd des Unglücks auf Zeche Minister Achenbach liegt im Flöz 19 in der Banarbeitung, die sich direkt am südlichen Querweg auf der 3. Sohle befindet. Ungefähr 10 m vom Hauptquerweg entfernt geht ein Bergweg in dem circa 40° ansteigenden Flöz in die Höhe und hier befinden sich 5 Betriebspunkte — Streben — in denen sich der Tod den größten Teil seiner Opfer holte. Durchschmittlich waren in jeder Strebe drei Mann beschäftigt. Außer diesen sind noch der Bremser am Luftspindel und die beiden Abnehmer zu Tode gekommen.

Die Müllschwaben gingen auf der Teilschle nach Flöz 21 und in diesem nach der 2. Sohle. Hier kamen 2 Mann um. Der Explosionsschlag ging ferner der einziehenden Luft auf der 3. Sohle entgegen und tötete bzw. verletzte 4 oder 5 Mann. Unter den hier Getöteten befand sich der Fahrleitiger Reinhard und der Steiger Dietrich die sich bei einem Zuge voller Wagen der Streckenförderung befanden. Die Zahl der Getöteten beträgt daher 22—25.

Die Nachschwabon und der Luftspindel haben sich auch auf der 2. Sohle im Revier 12 noch bemerkbar gemacht und Verletzungen hervorgerufen. In Flöz 21, 3a Sohle, welches zum selben Steiger gehört wie die Unglücksstelle, hat sich der Schlag ebenfalls nach bemerkbar gemacht. Der Rettungsweg war den dort befindlichen Leute nach oben und unten eine zeitlang abgeblockt. Die frische Luft aber die vom Schacht aus an Flöz 19 vorüber kam, brachte auch die Nachschwabon fast verbannt mit, aber die Leute

konnten nach einiger Zeit hindurchkommen und sich in Sicherheit bringen.

Die ganze Explosion ist auf eine Parabeitstellung, und zwar die 5 Streben in Flöz 14, beschränkt geblieben. Es war kein Kohlenstaub in den Verbindungsstrecken nach den andern Abteilungen vorhanden, sonst hätte sie sich weiter fortgepflanzt. Es wurde uns auch mitgeteilt, daß seit dem letzten Unglück scharfer auf die Befestigung des Staubes gesehen wurde.

Die Ausbreitung auf 5 Betriebspunkte ist immer noch zu weitgehend. Ueber die Frage, wie es möglich war, lassen sich nur Vermutungen aufstellen. Aber es sind eine Reihe von Momenten vorhanden, die die Gefahrsicherheit in der betr. Abteilung sowie der ganzen Zeche, die Mühschäfte ermöglichen.

Wie die Entzündung der Wetter erfolgt ist, sei dahingestellt. In den letzten Tagen fehlte es an dem sonst gebräuchlichen Sprengstoff Kobalt und hat man seit zwei Tagen Sicherheitsdynamit ausgegeben. Aber auch der Letztere gilt als Schlagwetter sicher. Möglich kann es ferner sein, daß der elektrische Strom zum Betriebe der Streckenförderung auf die Wasserleitung übergesprungen, in diesen in den Bau gegangen und an einer Stelle, an der Schlagwetter fanden, Funken hervorgerufen hat, die die Wetter zündeten. Es kann aber auch eine schadhafte Lampe gewesen sein.

Für die Ausbreitungsmöglichkeit ist folgendes von Wichtigkeit. Die Arbeiter in den Betrieben erhielten die Kohlen bezahlt. Sie mußten in ihren Streben die Reparaturarbeiten machen; kurz gesagt, alle Nebenarbeiten waren im Kohlengebirge eingeschlossen. Durch diese Art der Bezahlung werden die Arbeiter dahin gedrängt, die Nebenarbeiten auf Kosten der Kohlenförderung zurückzulassen. Wenn bei anderer Bezahlung ein Holz, sobald es zerbrochen ist, ausgetrieben wird, wartet der Arbeiter bei reinem Kohlengebirge bis es umgefallen ist. Die heruntergefallenen Kohlen werden ja bezahlt. Dabei entstehen an der oberen Seite der Strecke große Hügel, die im vorrückschreitenden Betriebe ausgefüllt werden müssen. Aber das wird nicht entsprechend bezahlt, denn nur die Kohlengewinnung ist im Gehirge enthalten. Die Leute bedenken daher hinter den Stempeln nur ab und dahinter bleiben die Hohlräume offen, in denen sich die Schlagwetter sammeln. Sie sind die Leiter des Feuerchlages zu suchen. In diesem Punkte ist auf Zeche Minister Achenbach sicher gesehen worden.

Drei Bergleute eingeschlossen.

Auf der Zeche „Fürst Leopold“ in Dorsten (Westfalen) sind in der Nacht zum Sonntag drei Bergleute durch hereinbrechende Gesteinsmassen eingeschlossen und bisher noch nicht geborgen worden. Ihr Schicksal ist unbekannt; die Rettungsarbeiten dauern fort.

Der Untergang des Dampfers „Montroc“.

Geldhehantes Verhalten des deutschen Telegraphisten.

Nach den letzten Berichten über den Untergang des Dampfers „Montroc“ ertranken im ganzen neunzehn Passagiere und zweiundzwanzig Mann von der Besatzung. Kapitän Johnson hatte trotz der kurzen Zeit, in der das havarierte Schiff verankert, zwei Boote flott bekommen, in denen der größte Teil der neunundneunzig Ueberlebenden gerettet wurde. Fünfzehn Personen wurden von Booten der „Mantucket“ aus dem Wasser gefischt. Außer einer Frau Garrison, die nach der Rettung auf der „Mantucket“ an Erschöpfung starb, verriet auch Leutnant Curtis kurz nach seiner Rettung.

Hervorgehoben wird das geldhehante Verhalten des deutschen Radiotelegraphisten Kühner, der bis zum Schluß auf seinem Posten verharrte und dann ertrank, nachdem er seinen Rettungsgürtel einer Frau gegeben hatte. Die Frau wurde gerettet.

Nach Ansicht von Sachverständigen hätte der Untergang vermieden werden können, denn beide Schiffe waren außergerwöhnlich feertüchtig.

Schreckensszenen beim Untergang.

Die Zeitungen der verschiedensten Einzelheiten, die die Passagiere des gesunkenen Dampfers „Montroc“ erzählen. Einige von ihnen sind dem Tode durch unglückliche Zufälle entflohen. Ein Deutscher, D. befand sich in dem Augenblick im Maschinenraum, als das Ungeheuer „Mantucket“ über seinem Haupte erschien. Da die Maschinen des „Mantuckets“ bereits rückwärts arbeiteten, entstand in dem durchschlagenen Raum des „Montroc“ ein so weiter Raum, daß er ins Wasser springen konnte und sich rettete. In einem Rettungsboote spielten sich fürchterliche Szenen ab. Ein Regier war vor Entzügen wahnsinnig geworden, klammerte sich an ein junges Mädchen fest, und versuchte schließlich mit diesem ins Wasser zu springen. Mit einem Dammer wurde auf den Wahnsinnigen solange eingeschlagen, bis er betäubungslos zu Boden fiel und sein Opfer losließ. Ein anderer Regier schritt auf dem Deck des sinkenden „Montroc“ mit einem Taschenmesser den Hals durch. Ein bekannte Schauspieler namens Haveland, wurde mahnünftig und mußte ins Wasser gebracht werden.

Im allgemeinen werden die nach dem Dampfer „Montroc“ für die Katastrophe verantwortlichen gemacht. Nach den Berichten der Überlebenden und der Offiziere des „Montroc“ eroberte die

werden nur solche Arbeiter, die sich an der Organisation beteiligen und Unzufriedenheit verbreiten, vor allem solche, welche andere Arbeiter, die mit den Verhältnissen zufrieden sind, belästigen. Dieser Standpunkt wird verlangt durch die Mächtigkeit der Autorität der staatlichen Forstverwaltung. Die erfreulichen patriarchalischen Verhältnisse, die zwischen der Forstverwaltung und den Waldarbeitern bestehen.

Und unvereinbar mit der christlich-nationalen Organisation.
Die Arbeiter haben das Recht, sich zu vereinigen und ihre Beschwerden vorzubringen. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Um so weniger haben sie Veranlassung, sich an Organisationen zu wenden, die mit den totalen Verhältnissen nicht vertraut sind. Lieber eine Vertretung der Arbeiter zum Zweck der Verhandlungen in der Verwaltung steht die Regierung gegenwärtig, noch Erwägungen an. Die Abneigung ist zurückgefallen. Mit der Wohnungsfrage sind wir nicht schnell genug vorgegangen. Ich werde für eine Beschleunigung des Tempo Sorge tragen. (Beifall rechts.)

Hg. Hoyer (Soz.): Der Abg. Meyer sollte sich dafür seinlegen, daß die konservativen Gutbesitzer gute Wohnungen haben, damit die Arbeiter zu Hause sitzen. Was die Ablehnung der Waldarbeiter betrifft, so nimmt der Landwirtschaftsminister hier dieselbe reaktionäre Stellung ein wie der Eisenbahnminister seinen Arbeitern gegenüber. Von ihrem Weichwörterrecht, auf das der Minister hingewiesen hat, machen die Landarbeiter ebenso wenig Gebrauch, wie das Militär. Sie haben Furcht, und so erzieht man sie zu Deutlichen. Wenn den Landarbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten wird, wenn sie ihren elenden Lohn nicht verdienen dürfen und süßen, daß sie weniger Recht als die anderen gewerblichen Arbeiter besitzen, so werden sie nur um so leichter von der Sozialdemokratie gewonnen werden können. (Beifall v. d. Soz.)

Hg. Meyer-Tallentingen (Konf.): Die Sozialdemokratie hätte die 20 Millionen M., die sie neulich von der Deutschen Bank abholte, für Kolonisationszwecke anwenden sollen. Dann hätte sie etwas geleistet. Das Koalitionsrecht der Waldarbeiter brauchen wir nicht. (Zuruf d. Soz.: Sie nicht!) Wenn wir es gebrauchen, dann nicht zum Schutze der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, sondern zum Schutze gegen die Sozialdemokratie. Der Abgeordnete Hoyer, Sie haben in einer Versammlung in Thüringen die Oberförster gescholten (Hoyer: ich?) Ja sie haben damals gesagt, daß die Oberförster und die Minister pensioniert werden, wenn sie noch dienstfähig sind und daß das Volk denn die Pension bezahlen müsse. Ich möchte einmal wissen, wo die Oberförster eigentlich sind, die jeden Tag mindestens einen Waldarbeiter aufessen? (Beifall rechts.)

Hg. Abg. Hoffmann (Soz.): Auf dem Lande steht man seinen freudigen Gestirnen der Arbeiter, besonders dann nicht, wenn der Rittergutsbesitzer in Reitschiffen und womöglich mit geladenem Gewehr in der Nähe ist, jetzt kommt Herr Meyer und fordert gute Wohnungen für die Arbeiter. Wie lange vorher haben wir Sozialdemokraten das alles schon gesagt und auch auf die Mächtigkeit guter Wohnungen für die Befreiung der Arbeiter vom Kneipenleben hingewiesen! Bisher haben Sie (nach rechts) immer nur versucht,

durch schamloseste Unterdrückung und elenden Terrorismus

die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Sie haben das Gegenteil davon erreicht. Derjenige, der es nun doch einmal auf die von Herrn Meyer empfohlene Weise. Freilich muß da Herr Meyer seine Lehre den Konservativen und dem Bunde der Landwirte predigen! Auch ich hätte die Sozialdemokratie insofern für eine vorübergehende Erscheinung, als sie an dem Tage überhand nehmen wird, wo sie ihren Zweck erfüllt hat und wo gleichen Pflichten auch gleiche Rechte für alle Menschen gegenüberstehen. (Bravo! bei den Soz.) Aber das wird nicht eher geschehen, ehe sich die Ideale der Sozialdemokraten verwirklichen. Die zwanzig Millionen, die von der Bank abgehoben wurden, sind gerührt Gelder der Sozialdemokratie, sondern Gelder der Gewerkschaften. (Hoch rechts und bei den Nat.) Das tut Ihnen freilich wehe, denn Sie sind ja drauf und dran, den Gewerkschaften ihre Gelder aus der Hand zu ringen, weil diese Gelder eine Garantie für den Arbeiter sind, daß er sich nicht alle Unterdrückung gefallen lassen braucht. Und wenn erst die Landarbeiter sich so stark an den Gewerkschaften beteiligen werden, wie die Industriearbeiter, dann werden sie sich auch ihre Menschenrechte erzwingen. Natürlich hätten Sie das Geld lieber im Fund der Landwirte, diesem Falsch ohne Boden, aber Sie werden sich auch daran gewöhnen müssen, daß auch die Arbeiter ihr Stimmvolk werden lassen! (Sehr laut bei den Soz.) Aus all Ihren Reden, wie aus der des Ministers spricht Ihre Furcht vor der Sozialdemokratie. Selbst dann, wenn gar keiner von uns gesprochen hat, wie heute, dann beschwören Sie das Angelpensel der sozialdemokratischen Unzufriedenheit herauf. Zeigt denn das, was Hoyer über die vielen Pensionen, die das Volk zahlen muß, nicht zu? Werden nicht

Offiziere und Beamte in voller Kraft pensioniert
um für andere Platz zu schaffen? Gehen wir jetzt nicht den Massenstab in Elbaf und haben wir nicht einen ungeheuren Ministerverbrauch seit 1888 gehabt? Das Volk muß das alles bezahlen, und wegen dieser Ungerechtigkeit muß sich jeder empö-

ren, der nicht zu den Anhängern auf leer werdende Ministerstellen geht.

Hg. Meyer-Tallentingen (Konf.): So gebietet die ich nicht, um zu wissen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften von einander verschieden sind. An dem starken Ministerverbrauch ist genugsam Herr Hoffmann nicht ganz unzufrieden. (Seitens. — Hg. Abg. Hoffmann: Wir kritisieren doch die Minister nicht!)
Hg. Hoyer (Soz.): Herr Meyer ist noch nicht lange in diesem Hause, das ist ein Willkommensgrund für ihn, und in seiner Heimat wurde ihm wahrscheinlich gepredigt, daß Partei und Gewerkschaften eins seien. (Zuruf im Zentrum: Nach W. meßburg!) Wille, fassen Sie nicht nach der Zentrumsdressle, sondern lesen Sie den Satz im Zusammenhang, dann ergibt er etwas ganz anderes! Genügt! Sozialdemokratie und Gewerkschaften wollen beide die Lage der Arbeiter heben, aber daß Ihre Darstellung, als ob die Gewerkschaften politische Gebilde und ein Anhängsel der Sozialdemokratie wären, (Lebh. Sehr richtig! rechts und im Zentrum), falsch ist, beweist schon der Umstand, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ungleich höher ist, als die der Sozialdemokratie. Ich wünschte, daß jeder Gewerkschaftler Mitglied der Sozialdemokratie wäre; aber selbst wenn es der Fall sein wird, so wird damit nicht die Identität von Sozialdemokratie und Gewerkschaft bezeugt, sondern nur, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie sich auch politisch organisieren müssen. Die Gewerkschaften wollen ihren Mitgliedern keine Vorkurs für die politische Partei, sie angehören sollen (Widerpruch rechts), aber die Arbeiter erkennen von selbst, daß nur die Sozialdemokratie ihre Rechte vertritt. Solche Debatten wie die heutige und solche Ministerreden betreiben das auf neue und in diesem Sinne freuen wir uns darüber. — Die Gewerkschaften können natürlich ihren Lobesenden keinen größeren Gefallen tun, als ihre Kampfkraft, die zur Erlangung besserer Bedingungen für die Arbeiter bestimmt sind und zur Bewahrung der Arbeiter vor der schlimmsten Not, in Aufgeben festzulegen, die der Staat oder die Großgrundbesitzer zu lösen hätten. So dumme sind die Gewerkschaften aber nicht. Geben Sie, Herr Meyer, einen solchen Ratsschlag doch dem Bund der Landwirte, der viel reicher ist, als die Gewerkschaften und seine Gelder viel leichter aufspringt. Wenn der Bund der Landwirte oder die konservative Partei den Anfang mit dem Bau von Arbeiterpflanzungen gemacht haben werden, dann werden die Gewerkschaften sich vielleicht einmal überlegen, ob sie diesem Beispiel folgen wollen. (Beifall bei den Soz.)
Nach weiterer uninteressanter Debatte wird der Fortsetzung bewilligt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 3. Februar, vorm. 11 Uhr: Interpellation Bruff (Zentrum) über das Grubenunglück in Westfalen, außerdem Tagesetat.
Schluß 3/4 Uhr.

Schlesien und Posen.

Der Großgrundbesitz in der Provinz Posen.

Die Provinz Posen weist 24.946 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von 2.555.478 Hektar auf. Davon entfallen auf die Größenklasse von 1-100 Hektar 202.641 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 1.368.117 Hektar; das sind im Durchschnitt 6,75 Hektar auf einen Betrieb.

Auf die Größenklasse von 100 bis über 1000 Hektar entfallen aber nur 2305 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 1.175.364 Hektar; das sind im Durchschnitt rund 510 Hektar auf einen Betrieb. Zu den größten Grundbesitzern gehören:

Fürst von Thurn und Taxis mit mehr als 50 Besitzungen und einer Fläche von mehr als 52.000 Hektar in den Kreisen Adelnau und Probstzeln. Fürst Radziwiłł über 20 Besitzungen mit mehr als 31.000 Hektar in den Kreisen Adelnau und Grotzow. Graf von Hagen auf Oberhain, dessen 24 Besitzungen in den Kreisen Dobruß, Samter und Kolmar liegen, mit über 20.000 Hektar; Frau Hedwig Jovanne, Erbin eines Reichs der Güter des Dekonomierais Sternemann-Klenka, mit 37 Besitzungen und mehr als 14.000 Hektar in verschiedenen Kreisen der Provinz gelegen. Gräfin von der Schulenburg zu Jüßelne, 7 Besitzungen mit über 12.000 Hektar. Graf von Hochberg im Kreise Gornitz mit 3 Besitzungen und über 10.000 Hektar. Helene von Gasterowitz, wohnhaft in Pössa, mit 12 Besitzungen in den Kreisen Hohenstaun und Samter, mit mehr als 9000 Hektar.

Diese Liste ließe sich noch um eine ganze Reihe von Namen solcher Agrarier verlängern, die mehr als 5000 Hektar ihr Eigentum nennen. Zu erwähnen wäre noch, daß auch Wilhelm II. in den Kreisen Schroda und Breschen 14 Besitzungen mit genau 9229 Hektar sein eigen nennt.

Polnische und deutsche Grafen und Fürsten teilen sich, wie man sieht, einträchtig in die Provinz Posen. Und so haben alle daselbe Interesse an dem riesigen Grundbesitzgewaltigen Ge-

meten in den Eoos werfen. Deshalb haben auch polnische und deutsche Agrarier im Reichstage immer zusammen gestanden, wenn es galt, dem Volk neue Lasten zur Erfüllung ihrer Aufgaben aufzuerlegen.

Oblau, 2. Februar. Vergiftung durch Kohlen.
Gase. In Aßendorf, Kreis Oblau, fand man Sonnabend früh drei Töchter des Gutbesizers August Seiffert leblos in ihren Betten auf. Es wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt und ärztliche Hilfe geholt. Zwei der Mädchen von denen die Älteste etwa 20 Jahre alt ist, und ihre jüngste Schwester waren tot, die mittlere der Schwestern gab noch schwache Lebenszeichen von sich, schwebt aber ebenfalls in höchster Lebensgefahr. Jedenfalls sind die jungen Mädchen durch ausgetretene Kohlen gas erstickt.

Grüßberg, 2. Februar. Zur Warnung. Auf einen plumpen Gaunertrick sind in den letzten Wochen zahlreiche Witwen in verschiedenen schlesischen Mittelstädten herein gefallen und auch in Pitschbera hat der Betrüger eine Witwe um 20 Mark begannert. Der Kerl, der sich als Gerichtsvollzieher ausgibt, geht zu Witwen, deren Gatten erst kurz vorher gestorben sind, und zeigt ihnen eine Vorladung zu dem Testamentvollstreckungstermin vor. Gleichzeitig erhebt er 18 oder 20 Mark als Gerichtskosten, die ihm meistens von den nichts Ables ahnenden Frauen auch gegeben worden sind. Öffentlich gelingt es recht bald, den Betrüger festzunehmen, der erst vor einigen Tagen wieder in Glatz eine Witwe um 18 Mt. betrogen hat.

Zangenbühlau, 2. Februar. Eine ganze Fabrik unter dem Hammer. Die Zwangsversteigerung der mechanischen Weberei von J. G. Voelkel u. Co. in Oberlangendielau, bestehend aus herrschaftlichem Wohnhaus, vollständig eingerichteter Mahlmühle, Webereigebäude mit 62 mechanischen Webstühlen und sämtlichen Vorbereitungsmaschinen, Kessel, Dampfmaschine, Wasserkraft, Kontor und Lagergebäude, Schuppen, Stallung, Wagenremise, Kutscherwohnung und zwei Arbeiterwohnhäusern, findet am 6. Februar vor dem Amtsgericht in Reichenbach statt.

Reichenbach, 2. Februar. Schiebung. In einer großen Gläubigerversammlung des verstorbenen Bankhauses F. W. Weiß hatte seiner Zeit der Mitinhaber, Rentier Opiß, erklärt, um an Stelle des Konkurses eine Liquidation zu erzielen, daß seine Ehefrau eine auf ihren Namen lautende Hypothek von 100 000 Mt. der Masse überweisen würde. Nachdem der Konkurs dennoch unvermeidlich war, stellte sich heraus, daß Bankier Opiß diese Hypothek schon vorher veräußert hatte. Infolgedessen haben die Verwalter des Konkurses F. W. Weiß und des Konkurses über das Privatvermögen des Bankiers Hermann Opiß diese Hypothek als zur Konkursmasse gehörig erachtet. Frau Opiß dagegen hat nun die Konkursverwalter auf Herausgabe der Hypothek verklagt, da sie dieselbe für ihr Eigentum hält und hat deshalb noch nicht ihre Zustimmung gegeben, daß etwas von dem zur Masse gehörigen Geld verkauft wurde. Auf den Ausgang dieses Prozesses ist man in Gläubigerkreisen sehr gespannt.

Reichenbach, 2. Februar. Verbrüht. Schweres Unglück traf die Familie des Gutbesizers Mag. G. Rammei in Willwitz. Das drei Jahre alte Söhnchen spielte in ein mit siedendem Wasser gefülltes Schaf, wovon es sich verbrüht, daß es nach wenigen Minuten seinen Verletzungen erlag.

Oblau, 2. Februar. An Genickstarre ist hier die achthundert Jahre alte Tochter eines Schriftstellers gestorben. Ueberhaupt ist der Gesundheitszustand, besonders in der Kinderwelt, gegenwärtig ein ungünstiger; Scharlach, Masern usw. sind an der Tagesordnung. — Im Krankenhaus in Aßendorf starb ein siebenjähriger Knabe aus Schnallowitz an Genickstarre.

Grüßberg, 2. Februar. Feuer. Freitag abend brach beim Hofschlächter Wagner, Schwedeborgerstraße, Ecke Judenstraße, Feuer aus, ob bösartig oder durch Unvorsichtigkeit, konnte noch nicht ermittelt werden. Da das Feuer in einer Dachkammer entstand und von Dienstboten leicht bemerkt wurde, so konnte es, ehe es weiteren Schaden anrichtete, gelöscht werden.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordnetenwahlen. Am Freitag wurde in Kiel bei der Erziehung zum Stadtverordnetenkollegium die durch den Tod eines bürgerlichen Abgeordneten veranlaßt worden war, ein Sozialdemokrat gewählt. Nunmehr ist die sozialdemokratische Majorität in Kiel wieder so stark wie die bürgerliche; jeder dieser beiden Fraktionen zählt 24 Mitglieder.

Der Protest, der gegen die Wähler Stadtverordnetenwahlen eingelegt worden war, die 10 Sozialdemokraten mehr ins Stadtparlament bringen, ist vom Kreisaußschuß als unbeanstandet zurückgewiesen worden.

Reise Notizen.
Das Höchste der Religion. In der Trauer- versammlung, die dem Leichenbegängnis unseres französischen Genossen Bressens folgte, verlas Prof. Bach nachstehenden Testamentsentwurf den Bressens im August 1908 niedergeschrieben hat: „Ich bitte, daß man mir kein sogenanntes religiöses Begräbnis erteile. Nicht daß ich nicht an einen Gott der Liebe und Gerechtigkeit glaube, aber ich habe mich mit vollem Bewußtsein von allen Kirchen losgelöst und das Maximum der Religion im Sozialismus, so wie ich ihn begriffen habe, gefunden. Mein Leben hat nicht alles gegeben, was es hätte geben sollen. Ich rechne auf die Nachwelt aller. ... Dieses Testament des Verstorbenen wurde von seiner geistigen Familie mit Ergriffenheit angehört. Die leibliche aber hatte — von wegen der „Pietät“ — einen Pastor nach dem Trauerhause kommen und Gebete auflesen lassen.

— Kant's Grab. Der Königsberger Philosoph kann im Grab keine Ruhe finden (Er wenig wie seine Philosophie in den Köpfen der Professoren). Er sieht jetzt das dritte Mal um und zwar diesmal aus der baufälligen Kapelle am Dome in die Gruft des Domes selbst. Hier soll er nun eine Dauerbestattung finden — heißt es.

— Russische Expedition nach dem Ferganagebiet. Der Moskauer Professor Sussarew organisierte eine große wissenschaftliche Expedition nach dem Ferganagebiet, um Naktumfelder zu suchen. Man spricht davon, daß in den Gruben wie auch auf den Klippen dieses Gebietes fabelhafte Reichthümer an Gold und Silber zu finden seien. Die Regierung bewilligte Professor Sussarew für seine Expedition 170 000 Rubel und die Moskauer Minister haben für diese Expedition ebenfalls hohe Beträge genehmigt. — Man sieht, wenn die Wissenschaft hohe Stoffe vor sich hat, dann läßt man es sich etwas kosten, sie zu unterstü-

„Mantel“ nicht auf die Signale „Monroe“. Außerdem ist es erwiesen, daß der „Mantel“ den vor ihm fahrenden „Monroe“ zu überholen versuchte. Die Schnelligkeit, die er dabei erzielte, widerspricht sämtlichen Gesetzen, die die Dampferkraft bei so dichtem Nebel anzuwenden pflegen. — Die Zahl der Toten wird auf etwa 40 angegeben, jedoch dürfte sich die Zahl noch erhöhen, da die in den Hospitälern untergebrachten Ueberlebenden infolge völliger Erschöpfung nicht am Leben zu erhalten sein werden.

Ein deutsches Schiff untergegangen.

19 Personen untergegangen.

Schon wieder bringt der Telegraph die Nachricht von einem schweren Schiffsunglück, nachdem kurz zuvor die Kunde von dem Untergang der „Monroe“ die Welt erschütterte. Diesmal ist es ein deutsches Schiff, das der See zum Opfer gefallen ist:

Nach einem Telegramm aus Falmouth ist das deutsche Schiff „Hero“ am Sonntag in der Nähe von Karc-Brad gesunken. Neunzehn Personen sind ertrunken, fünf wurden lebend geborgen und von dem Rettungsboot nach Falmouth gebracht.

Dynamit-Explosion in einem Bergwerk.

In dem ungarischen Bergwerk „Kölnel“ fand eine dynamit-Explosion statt, durch die zwei Bergleute getötet, der Pächter der Grube und zwei andere Bergleute lebensgefährlich verletzt wurden. Auch mehrere andere Arbeiter wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Eine Explosions- und Brandkatastrophe in New York.

Beitote — zahlreiche Strandete.

In der Plausfonte-Fabrik von Walter, New York, Galt St. Straße, ereigneten sich am Sonnabend zwei furchtbare Explosionen, durch die das ganze Gebäude in Brand gesetzt wurde. Die bis immer weiter ausbreitenden Flammen erzeugten bald auf der gegenüberliegenden Seite der Straße sehr Wohnhäuser, einen Marktstand und ein

Heim für Mädchen. Bisher sind drei Tote und viele Verwundete ermittelt worden. Auch 20 Pferde kamen in den Flammen um. Die Ursache des Brandes ist bisher noch nicht festgestellt, der Schaden beträgt etwa zwei Millionen Mark.

Die Ueberschwemmungs-Katastrophe in Brasilien.

Die Ueberschwemmungen im Staate Bahia nehmen den Umfang einer furchtbaren Katastrophe an. Die Stadt Novaolage ist im Wasser verschwunden. Viele Dörfer sind zerstört worden. Die Ströme führen zahlreiche Leichen mit sich. Der Schaden ist unermesslich groß.

Wegen Nahrungsforgen eine Mutter mit Kind vergiftet.

Am Sonnabend nachmittag vergiftete sich in Berlin die Ehefrau Luise des Reisenden Mag. Barozhowski in ihrer Wohnung und ihr einjähriges Söhnchen Ernst mit Kuchtaas. Aus man beide auffand, war das Kind schon tot. Während man die Leiche nach dem Schauhause schaffte, brachte man die unglückliche Mutter in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus. Nahrungsforgen scheinen das Motiv zu der Tat gewesen zu sein.

Der Gesundheitszustand in den französischen Garnisonen. In Paris laufen äußerst ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand der Soldaten in den verschiedenen französischen Garnisonen ein. Troz aller Vorkehrungsregeln mütet im 100. Infanterie-Regiment in St. Lo die Genickstarre, an der mehrere Soldaten bereits gestorben sind. Die Seuche ist auch in Orleans ausgebrochen und hat unter dem dortigen Artillerie-Regiment viele Opfer gefordert, ebenso in der Garnison von St. Etienne und in vielen südfrensischen Städten. In Nantes herrscht unter dem dortigen 51. Infanterie-Regiment eine außerordentlich schwere Scharlachepidemie, der verschiedene Soldaten zum Opfer gefallen sind. In zuiz sind im 29. Infanterie-Regiment hunderte Fälle von Malaria konstatiert worden, von denen bisher zwei tödlich verlaufen. In der Garnison von Nantes endlich befinden sich 180 Soldaten im Hospital. Man befürchtet, daß sie sämtlich von der Genickstarre befallen sind.

Ein neuer Rettungsversuch mit 6 Passagieren. Der Postillon Garay hat am Sonnabend nachmittag auf dem Flugplatz von Chartres (Frankreich) den Höhenwindsturm mit sechs Passagieren um 1000 Meter niedergelassen. Es ist